

Vorwärts

BERLINER



VOLKSBLATT

Morgen-Ausgabe
Nr. 67 A 32 50. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 8
Fernsprecher: 27 Amt Dönhof 202 bis 207
Telegraphenamt: Sozialdemokrat Berlin

DONNERSTAG
9. Februar 1933

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.

Druckbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Öffentliche Fragen an Göring

Merkwürdige Vorgänge um das Verbot des „Vorwärts“

Osthilfegewinnler

Kontrolle — ausgeschaltet!

Von Kurt Heinig

Am Montag der vergangenen ereignisreichen Woche empfing der neuernannte Reichsinnenminister Dr. Frick die Vertreter der Presse. Er erklärte, er sei es gewesen, der beim Reichskanzler Schleicher verlangt und erreicht habe, daß die die Presse knebelnden Rotverordnungen aufgehoben worden sind. Er fuhr fort:

„Ich möchte hoffen und wünschen, daß die Presse keinen Anlaß findet, diese Verordnungen wieder aufleben zu lassen. Wir legen Wert auf die freie Meinungsäußerung und möchten nicht mit den Methoden des Artikels 48 die Presse knebeln. Wenn allerdings dadurch eine Gefährdung der Sicherheit, etwa durch Tatarennachrichten, die zu Unrecht Beunruhigung ins Volk tragen, eintreten sollte, oder bei sonstigen Ausschreitungen, die man nicht untätig ansehen kann, so müßten wir auf Mittel und Wege sinnen, um diesen Mißständen abzuhelfen.“

Bier Tage darauf, am Freitag, wurde der „Vorwärts“ wegen Hochverrats beschlagnahmt und verboten. Am nächsten Tage folgten weitere Verbote von Zeitungen, die den hochverräterischen Wahlaufsatz des Parteivorstandes veröffentlicht hatten und die rasch berühmt gewordene neue Rotverordnung mit dem schönen Namen: „Zum Schutze des Volkes.“

Der hochverräterische Wahlaufsatz war von mehr als hundert Tageszeitungen veröffentlicht worden. Nur wenige von ihnen wurden verboten. In Köln erfolgte das Verbot der „Rheinischen Zeitung“ erst, nachdem das dortige Regierungsblatt, der „Westdeutsche Beobachter“, es ausdrücklich gefordert hatte. Besonders eifrig im Schutze der Verfassung gegen den sozialdemokratischen Hochverrat war die Thüringer Naziregierung, sie erließ Verbote gleich für die Hälfte der Wahlzeit, für vierzehn Tage. Dagegen fiel allgemein auf, daß das Spandauer „Volksblatt“

nicht verboten wurde, obwohl es im Amtsbezirk des selben Polizeipräsidenten erscheint wie der „Vorwärts“.

Wir haben im Zusammenhang mit dieser merkwürdigen Angelegenheit an den kommissarischen Innenminister Preußens, Herrn Göring, einige Fragen zu richten:

Erstens: Ist es wahr, daß kurz nach Erlass des „Vorwärts“-Verbots die Anordnung erging, andere Blätter, die den gleichen Aufsatze gebracht hätten, seien nicht zu verbieten, da das Verbot des „Vorwärts“ genüge?

Für den Fall, daß der kommissarische Innenminister Göring genötigt sein sollte, diese Frage zu bejahen, stellen wir folgende Zusatzfrage: Wie konnte das preussische Innenministerium untergeordneten Behörden, die im Begriffe waren, zum Schutze des Staates gegen hochverräterische Bestrebungen zu amtshandeln, in den Arm fallen?

Zweitens: Ist es ferner wahr, daß das preussische Innenministerium die Anordnung erlassen hat, daß schon ergangene Verbote nicht zurückgenommen werden sollen.

Sollte auch dies bejaht werden, so müßten wir dazu bemerken, daß angesichts dieses Tatbestandes unser bescheidener Untertanenverstand völlig stille steht. Wir bitten gehorsamst um Aufklärung, ob nach Ansicht des hohen Ministeriums Hochverrat vorliegt oder nicht. Glaubte man im Ministerium an den Hochverrat, dann mußte gegen alle eingegriffen werden, die ihn begangen hatten. War man aber, nachdem man die Sache einmal beschlafen hatte, zur Ueberzeugung gekommen, daß kein Hochverrat vorlag, und hatte man deshalb vor weiteren Verböten gewarnt, dann müßten die schon ergangenen Verbote sofort wieder aufgehoben werden.

Anstatt dessen wurde angeordnet, daß schon er-

gangene Verbote nicht aufgehoben werden sollen.

Auch der „Vorwärts“ blieb am Sonntag und Montag noch verboten, obwohl man sich schon am Sonnabend im Ministerium des Innern davon überzeugt zu haben schien, daß das Verbot rechtlich nicht zu begründen war.

Man wird zugeben, daß das höchst merkwürdige Vorgänge sind und daß alle, denen die Freiheit der Presse am Herzen liegt, berechtigt, ja verpflichtet sind, volle Aufklärung zu verlangen.

Hitler über Pressefreiheit

Zehnjahresplan zur Vernichtung des Marxismus

Der Reichskanzler Hitler empfing gestern Pressevertreter, von denen einige Herren vom Zentrum und vom christlichsozialen Volksdienst den „linken Flügel“ bildeten. Er versicherte, daß die Presse nicht geknebelt werden solle. Kritik sei notwendig und nützlich, sie müsse sich nur von persönlichen Injurien fernhalten. Nach dieser scharfen Beurteilung des Wahlaufsatzes der Reichsregierung hielt der Reichskanzler der Presse vor, daß sie 1859 bis 1867, in Süddeutschland sogar bis 1871, die Entwicklung nicht richtig begriffen habe. Dasselbe sei hinsichtlich der Person Richard Wagners geschehen. Darum dürfe die Presse jetzt nicht in den gleichen Fehler verfallen. Eine andere positive Mehrheit als die heutige (die Harzburger, die eine Minderheit ist und bleiben wird. Red. d. „V.“), sehe er nicht. Gegen die wenigen, die Deutschland bewußt schädigen wollen, müsse mit äußerster Schärfe vorgegangen werden. Und schließlich wörtlich:

„In zehn Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.“

„Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir. Mit der werde ich schon allein fertig“, sagte Wilhelm II.

war keine Politik mehr. Mit dem Kaiser war deshalb auch jeder Frieden unmöglich.“

Auf eine weitere Frage Emil Ludwigs, wie er über die deutsche Erfüllungspolitik denke, antwortete der Führer des italienischen Faschismus:

„Es war die einzige Möglichkeit, eine andere hätte in den ersten Jahren bei den großen Leidenschaften und der noch bestehenden Kriegsallianz gegen Deutschland die schwersten Folgen für das geschlagene Land gehabt. Rathenau, den ich im Jahre 1922 kennen lernte, war einer der feinsten Geister und durchdringendsten Köpfe, die Europa im letzten Vierteljahrhundert besaß. Wieviel ich von Stresemann hielt, habe ich bei seinem Tode geschrieben. Er hat fünf Jahre vor dem vertraglichen Datum den Rhein befreit.“

Aus alledem ergibt sich, daß der Führer des italienischen Faschismus über die Tätigkeit der angeblich „marxistischen“ Regierungen seit dem Kriegsende viel objektiver und gerechter urteilt, als der gegenwärtige deutsche Reichskanzler es tut. Mussolinis Ausführungen sind eine bündige Widerlegung des Wahlaufsatzes der deutschen Hitler-Papen-Regierung.

Das Reichskabinett beriet gestern eingehend eine Reihe finanz- und wirtschaftspolitischer Fragen sowie Maßnahmen zur Vinderung schwerer wirtschaftlicher und sozialer Schäden. Die Beratungen hierüber werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Stockholm gegen Berlin

Ein Schritt des deutschen Gesandten — Göring droht mit Maßnahmen?

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Stockholm, 8. Februar.

Bei dem stellvertretenden Außenminister Lindén erschien heute der Gesandte von Rosenberg und beschwerte sich über die unfreundliche Haltung der schwedischen Presse, besonders des „Socialdemokraten“, gegen die Hitler-Papen-Regierung. Der Minister erwiderte, in Schweden bestehe Pressefreiheit, er habe weder die Möglichkeit noch die Absicht, die in der Presse geübte Kritik zu unterbinden.

Der Besuch Rosenbergs bei Lindén wird in hiesigen Pressekreisen lebhaft besprochen. Er hat bestimmt nicht dazu beigetragen, die Stimmung gegenüber Deutschland zu verbessern. Noch ungünstiger hat sich die Lage ausgewirkt, daß sich der deutsche Reichsminister Göring direkt an den Chefredakteur von „Östborgs Handels- och Sjöfartstidning“ gewandt hat, um sich über die Haltung dieses gemäßigt liberalen Blattes heftig zu beschweren. Angeblich soll Göring dem Chefredakteur zu verstehen gegeben haben, falls das Blatt keine Haltung nicht ändere, würde dieses nachteilige Folgen zu gewärtigen haben. Man spricht hier davon, daß sich die gesamte Presse gegen derartige Berliner Beeinflussungsversuche zu einem gemeinsamen Protest vereinigen werde.

Es scheint uns höchste Zeit, daß sich Herr von Neurath etwas stärker bemerkbar macht. Wie wir hören, hat Herr von Rosenberg ohne seinen Auftrag gehandelt und ist ihm auch von dem diplomatischen Schritt Görings in Östborg zuvor nichts bekannt gewesen. Wir glauben an-

nehmen zu dürfen, daß Herr von Neurath weder über Rosenbergs Intervention noch über Görings Eingriff besondere Freude empfindet. Mag es auch in der gegenwärtigen Zeit des „Ausbruchs“ in manchen Kreisen etwas durcheinander gehen — in der Außenpolitik wäre die Wiederherstellung jener tunderdünten Zustände, wie sie in Kaiserzeiten geherrscht haben, keinen Tag lang zu ertragen!

Mussolini gegen Hitler

Die Erfüllungspolitik der „Novemberverbrecher“ hat Deutschland gerettet

Das gefeierte Vorbild des deutschen Faschismus, Benito Mussolini, hat vor gar nicht langer Zeit mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig eine Reihe von Gesprächen geführt, die von diesem in einem Buch veröffentlicht worden sind. Der Text der Gespräche ist von Mussolini geprüft und gebilligt. Es ergibt sich aus ihm, daß Mussolini in der Frage des sogenannten Dolchstoßes und Novemberverbrechens der entgegengelegten Meinung ist wie Adolf Hitler.

Auf die Frage Emil Ludwigs, worin er den Grund des deutschen Zusammenbruchs sehe, antwortete Mussolini: „Deutschland ist von einer Weltkoalition geschlagen worden.“ Er sprach dann anerkennend von Bismarck und fuhr fort: „Alles, was nachher kam, die 25 Jahre unter Wilhelm II. haben das Dörge umgegraben. Das

Die Nationalsozialisten haben durch beispiellose Beschimpfungen und einen ständig wiederholten Brüllchor die Sitzung des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung im Deutschen Reichstag vorerst unmöglich gemacht. Damit ist nicht nur die Erörterung über die Sicherung der Wahlfreiheit unterbunden, sondern auch eine weitere Untersuchung des Osthilfestandals verhindert.

Die Verhinderung der Sitzung des Ueberwachungsausschusses ist so in Wirklichkeit auch ein Koalitionsdienst an den Deutschen, denn im besonderen diese und die hinter diesen stehenden Kreise wollen mit allen Mitteln die parlamentarische Kontrolle der Berausgabung der riesenhaften Osthilfgelder verhindern.

Inzwischen verliert das Reichskommissariat für die Osthilfe immer wieder durch Einflußnahme auf die Presse es so darzustellen, als ob einiges Unwesentliche behauptet worden sei, das bei näherer Nachprüfung sich als unwahr erweisen würde. Demgegenüber muß immer wieder festgestellt werden, daß die Osthilfe grundsätzlich, also in ihrer ganzen Linie, zu einem Skandal geworden ist.

Neben der allgemeinen Not, aus der Krise des Kapitals in Europa und der Welt entstanden, leidet Ostpreußen, überhaupt das landwirtschaftliche Gebiet östlich der Elbe, unter einer besonderen Not. Die Uebergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe hat genau so wie in der Industrie die Anpassungsfähigkeit an die Entwicklung herabgemindert. Die östliche Agrarwirtschaft ist in ihren Betriebsgrößen erstarrt. Die Konzernbildung in der Industrie hat zur Stilllegung vieler an sich rentabler mittlerer Betriebe geführt. Die fortgesetzte Vergrößerung des an sich schon großagrarisches Besitzes hat den deutschen Osten menschenleer gemacht. Wir haben in Ostpreußen einzelne Kreise, in denen auf dem Quadratkilometer nur noch 31 bis 40 Menschen leben.

Das neue Preußen wollte eine Agrarreform, aber keine Beschnürung. Unter dem autoritären System aber wurde keine Verwaltungsorganisation und deren genaue Kenntnisse der tatsächlichen Lage bei den einzelnen Landwirten ausgeschaltet. Man schuf eine eigene Osthilfeorganisation mit einem eigenen Verwaltungsapparat.

Wir haben in Deutschland 3 Millionen „Klein“-Landwirte. Im Osthilfegebiet sitzen davon 769 000. Der einzelne hat unter zwei Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Unter diesen erhielt bisher aus der Osthilfe kein einziger etwas.

Wir haben 2 Millionen Klein-, Mittel- und Großbauern, im Osthilfegebiet sitzen davon 529 000 (2—100 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche); von den im Osthilfegebiet befindlichen 529 000 Bauern erhielt bisher erst jeder fünfundvierzigste ein Darlehen aus der Osthilfe.

Wir haben in Deutschland 18 700 Gutsbesitzer und Großgrundbesitzer mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Davon sitzen 13 000 im Osthilfegebiet. Von diesen erhielt bisher schon jeder siebzehnte aus der Osthilfe das verlangte Geld.

Und wieviel Landwirte stecken noch im Sicherungsverfahren, bekommen noch aus der bereitstehenden halben Goldmilliarde ihre Osthilfe?

Es sind 47 000, und zwar sollen von den 529 000 Bauern östlich der Elbe noch ganze

37 000 Osthilfsmittel bekommen — wenn es gut geht. Von den 13 000 Gutsbesitzern und Großgrundbesitzern östlich der Elbe, von denen schon 752 umgeschuldet sind, sollen noch weitere 9800 durch die Osthilfe umgeschuldet werden, einstweilen sitzen sie im Sicherungsverfahren, gegen Konkurs und gegen Schuldenzahlungen seit zwölf bis fünfzehn Monaten geschützt.

Das ist die Osthilfe von heute!
Und nun wiederum einige Einzelfälle.

Als wahr hat sich herausgestellt, daß Herr von Oldenburg-Januschau unter den ersten zehn Prozent der umgeschuldeten Großgrundbesitzer sich befindet, obwohl seine Not am wenigsten dringend und durch spekulativen Güterkauf wesentlich verurteilt worden ist. Als wahr hat sich herausgestellt, daß der Sohn der zweiten Frau des Kaisers Prinz Hans Georg von Schönau-Carolath sich in der Umschuldung befindet, obwohl er durch seinen Stiefvater Mitglied einer der reichsten Grundbesitzerfamilien Deutschlands geworden ist. Als wahr hat sich herausgestellt, daß durch die Osthilfe zwei Landstellenleiter umgeschuldet worden sind, obwohl auch hier die Not nicht vordringlich war. Als wahr hat sich herausgestellt, daß im wesentlichen der östliche Großgrundbesitz durch das Sicherungsverfahren 40 bis 50 Millionen Mark private Schulden (Handwerkerrechnungen usw.) abschütteln will. Als wahr hat sich herausgestellt, daß durch die Umschuldung der Großgrundbesitz die geringste Neubelastung erhält, während der Kleinbauer mit der größten Neubelastung arbeiten muß. Bei den bisher umgeschuldeten Landwirten liegen durchschnittlich auf je einem Hektar Eigentumsfläche beim Kleinbauern 816 Mark Schulden, beim mittleren Bauern 327 Mark Schulden, beim Großbauern 246 Mark und beim Großgrundbesitzer über 500 Hektar Eigentumsfläche nur 150 Mark.

Als wahr hat sich herausgestellt, daß statt der Agrarreform durch die Osthilfe jetzt die systematische Sanierung östlichen Familienbesitzes vorgenommen wird. Als wahr hat sich herausgestellt, daß dabei im besonderen in den Grenzgebieten nach besonderen nationalen „Zuverlässigkeitsklassen“ verfahren wird. Als wahr hat sich herausgestellt, daß die Osthilfebehörden unter einem beispiellosen Druck der Interessenten und im besonderen der Deutschen Nationalen zu arbeiten gezwungen sind. Als wahr hat sich herausgestellt, daß in einer ganzen Reihe von Fällen auf Grund persönlicher Einflußnahme eine bevorzugte und beschleunigte Umschuldung von Großgrundbesitz erfolgt ist. Wahr ist auch, daß die Oststellen auch solchen Großgrundbesitz nicht aus dem Sicherungsverfahren entlassen werden müßte, weil eine Umschuldung nicht möglich ist.

Als wahr hat sich herausgestellt, daß der Besitz des Prinzen Schönburg-Waldenburg nicht aus sachlichen Gründen im Sicherungsverfahren gehalten wird, sondern auf Grund bestimmter Einflüsse, daß eine Berechtigung der Umschuldung des Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Herrn von Flemming-Paazig, nicht vorhanden ist. Das gleiche wurde festgestellt für die beiden Grafen Wolf und Walbert v. Renferking, für Herrn von Knebel-Döberitz, für den Burggrafen Dobna-Wilkühnen, für den Grafen Eulenburg-Brassen, für Herrn von Bobbin in Leihienen, für Herrn von Berg-Perlschein, für die Herrschaft Schlieffenberg, für Herrn von Oppen, für Herrn von Knoblauch, für Herrn von Stechow, für den Rennreiter von Hohberg, für das Familiengut des bisherigen Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun usw. In allen diesen Fällen mußte bei konsequenter Durchführung der Agrarreform anders verfahren werden als tatsächlich verfahren worden ist oder verfahren werden soll.

Es handelt sich jetzt noch um eine halbe Milliarde Goldmark! Es handelt sich darum, den Behörden gegenüber den Interessenten den Rücken zu steifen. Es handelt sich um die Ausräumung der Skandale, um die Rückzahlungspflicht der Osthilfsgewinnler. Nichts geschieht, denn der Wille der augenblicklichen Reichsregierung war es, daß der Reichstag aufgelöst und damit um sein Kontrollrecht gebracht wurde. Und der Wille der Nationalsozialisten war es, daß nicht einmal der Ueberwachungsausschuß sich mit dieser eiligen Angelegenheit und mit der Ausübung des parlamentarischen Grundrechtes der Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches befassen darf!

Die Deutschenationalen erklären, daß sie nicht absichtigen, im Wahlkampf mit anderen Parteien zusammenzugehen.

Laßt die Laten reden!

Die ersten zehn Tage der ganz Autoritären

Wahrlich, das deutsche Volk erfährt einen Anschauungsunterricht, dessen Eindringlichkeit und Lehrhaftigkeit kaum überboten werden kann: Das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg ist zehn Tage im Amt. Diese zehn Tage sind für die Beurteilung des sozialpolitischen Kurses dieser Regierung recht aufschlußreich gewesen. Seine Zielsetzung zeigt sich schon in der Person des neuen Reichsarbeitsministers. Auch unter den Selterswasserfabrikanten gibt es viele tüchtige Leute, daß aber dieser Beruf besonders enge Beziehungen zur Sozialpolitik hätte, wird wohl niemand behaupten wollen. Dieser Selterswasserfabrikant macht für seine Eignung zum Reichsarbeitsminister geltend, er habe die Laufbahn des Arbeitenden vom Lehrling bis zum Chef durchgemacht und könne auch als Industrieller die Räte der Arbeitenden.

Wenn das die Befähigung zum Arbeitsminister beweist, haben wir in Deutschland ja etliche Millionen zukünftiger Arbeitsminister. Von einer Kenntnis der Sozialpolitik in Theorie und Durchführung, in ihrer geschichtlichen Entwicklung und praktischen Auswirkung hat Seidte nicht gesprochen. Wahrscheinlich bezweifelt der liebe Zeitgenosse, den Hitlers und Hugengebigs Gnade ins Reichsarbeitsministerium berufen hat, selbst, von diesen Dingen etwas zu verstehen.

Einem solchen Menschen muß es natürlich überaus peinlich sein, in seinem Amt als ersten Mitarbeiter einen Herrn wie Staatssekretär Dr. Grieser vorzufinden, der auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine

in der ganzen Welt anerkannte Autorität

ist, ein Mann, der über geradezu universelles Wissen auf diesem Gebiete verfügt. Da konnte sich der neue Herr Minister gewiß sehr bedrückt fühlen, und da ihm unzweifelhaft auch zu Ohren gekommen war, daß dieser erste Mitarbeiter den Unternehmern schon sehr un bequem geworden war und sie sich mehrfach durch ihn beschwert gefühlt hatten, zog der neue Herr Minister, das Mitglied einer autoritären Regierung, es vor, Staatssekretär Grieser jagen zu lassen, er sähe dessen Abschied gern entgegen! Das ihm selbst mit Mannesmut zu sagen — aber nein, durch Dritte ließ der Herr Arbeitsminister es

Herrn Dr. Grieser wissen, daß man sein Wissen beim neuen Kurs nicht brauchen könne!

Zur gleichen Stunde, als dieses geschah, ging aber auch die Mitteilung durch die Presse, daß die Tarifabteilung des Reichsarbeitsministeriums dem Reichswirtschaftsministerium unter Hugengebigs glorreicher Führung angegliedert werden solle. Über bald gab es Entsetzen vor dem eigenen Mut, und wohl namentlich die Wirkung der Entlassung Dr. Griesers gab Anlaß, die zweite Maßnahme durch die Bemerkung abzuschwächen, daß die Tarifabteilung ein ganz selbständiges Amt werden solle. Auch davon ist es inzwischen wieder still geworden. Doch nicht deshalb, weil man von der Maßnahme etwa Abstand nehmen will. O nein! Inzwischen sind ja Neuwahlen zum Reichstag ausgeschrieben, und man kann es dem einzelnen Wähler doch nicht zu offensichtlich werden lassen, daß man das Arbeitsministerium zerbrechen, das Tarifwesen zerstören und auf diesem wichtigen Gebiet die Sozialpolitik abhängig machen will von dem schärfsten Gegner der Sozialpolitik, nämlich Hugenberg!

Was sonst an

sozialpolitischen Maßnahmen und Absichten

in Aussicht steht, das konnte man im wesentlichen der Rundfunkrede Hitlers am 1. Februar entnehmen. Als einziges Positives hat er zwei Dinge genannt: die Arbeitsdienstpflicht und die Siedlung. Beides Fragen, die an sich zum Arbeitsministerium gehören und deren erste auch schon früher im Reichsarbeitsministerium gründlichst dahin durchgearbeitet worden war, daß sie ganz undurchführbar sei. Die zweite Frage untersteht dem Reichsernährungsministerium. Jehl-Papen hat als eine der ersten seiner glorreichen Laten die Siedlungsfrage, die natürlich ihrer bevölkerungspolitischen Wertung wegen in das Gebiet der Sozialpolitik fällt, dem Arbeitsministerium abgenommen. Ohne dieses zu fragen, was übrigens bei dem damaligen Minister Schaeffer auch ganz gleichgültig war. Inzwischen wurde auch schon verkündet, daß in diesem Jahre für 3000 Personen Siedlungsstellen geschaffen werden sollen. Zwar gibt es 6 Millionen Arbeitslose nach der jetzigen offiziellen Statistik, denen gegenüber nun 3000 neue Sied-

lungsstellen im laufenden Jahre geplant sind! Wenn das in diesem Tempo so weiter geht, dann werden unsere Ur-Urentel im Jahre 2033 mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß in den letzten 100 Jahren 300 000 Arbeitslose angehehelt wurden!

Ueber die Arbeitsbeschaffung hat Hitler nicht gesprochen. Das geschah erst mittelbar in einem am 3. Februar ausländischen Journalisten gegebenen Interview. Freilich enthält am 4. Februar der amtliche Pressebericht diese Stelle nicht. Aber am Abend des 3. Februar hat es der Rundfunk berichtet. Ob die für den amtlichen Pressedienst verantwortlichen Stellen die Offenheit Hitlers bedauern? Die Offenheit ist geradezu unbezahlbar. Hitler meinte, wenn er eine Propagandarede für seine Partei hätte halten wollen, so hätte er versprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. März verschwunden sein würde, und daß am 1. Mai die Landwirtschaft auf ihren alten Stand zurückgebracht wäre. Da er aber ehrlicher sei als die meisten seiner Gegner, so habe er keine solchen Versprechungen gemacht; denn

es sei unmöglich, das Staatschiff sogleich in den rechten Kurs zu bringen;

dazu bedürfte es Zeit. Alles, was er verlange, seien vier Jahre!

Also, was die Nazilagitation in vier Wochen verspricht, braucht vier Jahre!

Nur vier Jahre! Inzwischen hört man so allerlei über den Ausbau der Technischen Osthilfe. Aber man hat keine Antwort auf die sozialpolitischen Fragen des Zentrums gegeben. Sie ist ausdrücklich abgelehnt worden. Das ist freilich auch eine Antwort.

Hitler hat in dem Interview gewünscht, man solle ihn und sein Kabinett nach den Laten beurteilen. Dazu kann man doch nicht vier Jahre warten! Dazu genügen schon die ersten fünf Tage! Wenn man sich die bisherigen Laten des Hitlerkabinetts — und zu den Laten rechne ich auch die Absichten und verweigerten Antworten — in ihrer Gesamtheit in diesen zehn Tagen anschaut, dann zeigt sich ein Kurs, so reaktionär, wie ihn selbst die Geschichte des alten Preußen nicht aufzuweisen hat. Das müssen die Wähler wissen — unbedingt; die Laten reden eine gar deutsche Sprache! Rudolf Wissell.

Zur Abrechnung fertig!

Die sozialdemokratische Organisation kampfbereit

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ihre organisatorischen Vorbereitungen für den Wahlkampf beendet. Schon am vergangenen Sonntag hat eine Reihe von Bezirksorganisationen die gegenwärtige politische Lage eingehend erörtert und die Kandidatenlisten aufgestellt. Am Mittwoch trat der Sozialdemokratische Parteiausschuß in Berlin zusammen. Die hier erstatteten Berichte zeigten übereinstimmend von der Kampfschloffenheit in allen Bezirken der Partei. Vom einfachen Mitglied bis zum bekanntesten Funktionär steht die Gesamtpartei zum entscheidenden Kampfe bereit.

Der Parteiausschuß beschloß einstimmig, für den Reichstag die bisherige Reichsliste, die von dem Parteivorstand Otto Weis geführt wird, sowie für den Preussischen Landtag die selbstergeordnete Reichsliste, geführt vom Ministerpräsidenten Otto Braun, wieder aufzustellen.

Um bei den bevorstehenden Wahlen keine republikanischen Stimmen verlorengehen zu lassen, stimmte der Parteiausschuß der Listenverbindung mit der Staatspartei bei den Wahlen zum Reichstag und zum Preussischen Landtag zu. Es handelt sich dabei um einen rein technischen Vorgang, jede Partei bleibt politisch völlig frei.

Der Parteiausschuß stimmte auch dem Vorschlag des Parteivorstandes zu, den für den 12. März in Aussicht genommenen Parteitag um 14 Tage, und zwar auf den 26. März, zu verschieben. Tagungsort bleibt Frankfurt a. M.

Mittwochnachmittag fand eine Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure statt, in der die Bestimmungen der neuen Notverordnung für die Presse eingehend erörtert wurden.

Die Reichsliste

In der gemeinsamen Tagung des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses, wurde einstimmig beschlossen, den für die Novemberwahl aufgestellten Reichswahlvorschlag unverändert zu lassen. Der sozial-

demokratische Reichswahlvorschlag für den 5. März 1933 lautet demnach:

Weis, Crispian, Vogel, Dr. Breihscheid, Dr. Hilferding, Frau Juchacz, Landeberg, Dittmann, Grafmann, Stampfer, Dr. Marum, Scheffel, Larnow, Böder, Seppel, Pfälz, Bernhard, Stelling, Stücken, Gellert, Polenske, Sievers, Simon, Pfändner, Karl, Schiff, Schwerdfeger, Schiffgens, Horlacher.

*

Der Parteivorstand und eine vom Parteiausschuß bestimmte Kommission haben für die Neuwahl des Preussenlandtags folgenden

Landeswahlvorschlag

aufgestellt: Braun, Severing, Orzesinski, Grimme, Heilmann, Westphal, Frau Hanna, Chajes, Drügemüller, Dr. Rosenfeld, Schmidt-Bochum, Drepp, Lang, Kyned, Rogur, Klingelhöller, Bildung, Schwarz, Wellmann, Reinhold, Scharf-Schwerdt, Hildebrandt, Müller-Hamel, Wilmelster.

Trauerfeier für Kasten

Ein Opfer der Nazi-Hetze

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Magdeburg, 8. Februar.

Am Mittwoch nahm Stahfurt von seinem Bürgermeister, dem Landtagsabgeordneten Genossen Hermann Kasten, Abschied. Am Dienstagabend war die Leiche im Fackelschein vom Knappschaffstranckenhause in das Gewerkschaftshaus übergeführt worden. Hier wurde sie ausgebahrt. Unendlich war die Fülle an Blumen, die dem Toten aus allen Kreisen der Bevölkerung als Beweis der letzten Ehre gewidmet worden war.

Am zwei Uhr fand die Trauerfeier statt. Am Sarge wurden nochmals die Verdienste Hermann Kastens ausführlich geschildert. Es sprachen als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Genosse Otto Meier, Vertreter der

städtischen Körperschaften, der Beamtenschaft, der Partei und der Gewerkschaften. Tausende und überausende begleiteten gemeinsam mit Reichsbannerformationen die Leiche bis an die Stadtgrenze, von wo aus der Sarg nach Bernburg zur Einäscherung übergeführt wurde. In den einzelnen Ortschaften, die der Trauerwagen passierte, gaben Partei, Gewerkschaften und Reichsbanner dem Toten wiederum das Geleit.

Die Asche des Genossen Kasten wird am Dienstag nach Schönebeck übergeführt und dort beigesetzt werden.

Farbe bekennen!

Die Sozialdemokratie zwingt die Nazis zur Stellungnahme

Eigener Bericht des „Vorwärts“

München, 8. Februar.

Die Mittwochssitzung des Bayerischen Landtags verlief sehr aufgeregt. Die nationalsozialistischen Redner ergingen sich fortgesetzt in Schimpfereien und Drohungen.

Der oberbayerische Nazigauleiter Wagner, ein nach dem Krieg aus dem Elsaß zugewandelter Offizier, geriet in einen rasenden Hitler-Taumel und erklärte schließend, das deutsche Volk sei bis in den Kern verdorben, weil in den letzten Jahren an der Spitze des Staates die Korruption gestanden habe und Wucherer und Schieber sich die höchsten Ehrenämter und Stellen im Staate ergaunert hätten. Den schäblichen Diktaturplan enthüllte Nazi-Effer mit den Worten: „Bis zum 5. März wird die Autorität der Reichsregierung wieder hergestellt sein, womit wir uns dann die Grundlagen zum freien Handeln verschafft haben.“

Die Wut der Hafent Kreuzler war u. a. dadurch veranlaßt, daß sie gezwungen waren, zu den Anträgen gegen den Privatkapitalismus Stellung zu nehmen. Am peinlichsten war ihnen, daß sie bei einem eigenen, lange vor Hitlers Kanzlerschaft gestellten Antrag auf Verstaatlichung der Großbanken Farbe bekennen mußten. Der Antrag wurde angenommen. Die Sozialdemokratie stimmte dafür. Ueberordnung und Heiligkeit erregte es, daß die Kommunisten sich auf die Seite der Bayerischen Volkspartei schlugen und einen staatlichen Eingriff in das Finanz- und Börsenkapital ablehnten.

Die leere Herberge

Der Handwerksbursche im Krisensturm

Ähnlich wie im Kgl für Obdachlose sieht es in der Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses aus: allabendlich ein nur geringer Besuch, der in keinem Verhältnis zu den vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten für wandernde Handwerksburschen steht. „Ja“, erzählt der Herbergswater, „da hätten Sie vor drei oder Jahren kommen müssen, als es noch Arbeit in Berlin gab, da war die Gewerkschaftsherberge so überlaufen, daß ich bereits am Mittag regelmäßig das letzte Bett ausverkauft hatte. Wer sich damals nicht wegen Quartier beeilte, dem konnte es oft passieren, daß er bei Mutter Grün schlafen mußte. Dieser gute Besuch der Herberge hing feinerzeit mit der regen Bautätigkeit in Berlin zusammen, einmal die vielen Neubauten, zum anderen der Untergrundbahnbau, wo ein wandernder Handwerksbursche, besonders aus dem Bauberuf, so gut wie immer Arbeit fand. Diese Möglichkeiten sind jetzt weggefallen, die einzigen, die noch in der Gewerkschaftsherberge übernachten, sind Buchdrucker.“

Rum stellen die Buchdrucker innerhalb der wandernden organisierten Handwerker einen Sonderfall dar. Hier besteht ein ausgebautes, durch internationale Gegenseitigkeitsverträge gesichertes Unterstützungsnetz, das dem wandernden Buchdrucker die Existenz auch fern der Heimat einigermaßen erleichtert. Augenblicklich sind zwei

ungarische Buchdrucker in der Berliner Gewerkschaftsherberge. Der eine streift schon zwei Jahre lang durch Mitteleuropa. Er erzählt ein wenig: „Es bleiben einem nicht allzu viele Länder zum Reisen übrig. Aus Jugoslawien muß man bald weg, denn die dortige Polizei zählt nicht gerade zu den Freunden der wandernden Handwerksburschen. Oesterreich und die Tschechoslowakei sind gegenwärtig für den Reiseverkehr gesperrt, weil die dortigen Berufskollegen in Lohnbewegungen stehen. Schade; schön war es in Prag. Es gibt wohl pro Tag nur noch 10 Tschechenkronen Unterstützung, vor zwei Jahren gab es noch 25 Kronen aber als ich bei den Kollegen eines Tages umschau hielt, hatte ich einmal rund 400 Kronen in der Tasche. In Deutschland war es am besten in München. Jetzt werde ich wieder in die Heimat machen; das deutsche Essen ist mir zu teuer. In Budapest bekomme ich Unterstützung 1,60 Pengö, wenn ich davon nur die Hälfte für das Essen nehme, dann habe ich aber einen Gulash! Hier in Deutschland bekomme ich vielleicht für das gleiche Geld in Wart umgerechnet eine Bodwurst mit Salat. Ich kann von euren Bodwürsten aber nicht leben.“

Hier sind wir ungefähr bei einem der Kernpunkte des Reiselebens der organisierten Handwerksburschen angelangt: hat der Verband, dem der junge Mann angehört, einen hohen Unterstützungssatz, wird immer noch trotz Krise fleißig geworbt; mußte der Verband aber wegen seiner

angespannten Kassenverhältnisse das Auszahlen von Unterstützung beschränken oder gar einstellen, dann nimmt im gleichen Maße die Wanderei ab. Das Schulbeispiel hierfür sind die Zimmerleute. Hier mußten die Ortsverwaltungen sogar das Auszahlen des Lokalgebührens einstellen und diese Tatsache zusammen mit der anderen, nämlich der Unmöglichkeit, Arbeit zu finden, hat die Zahl der fremdgeführten Zimmerleute auf ein Minimum sinken lassen.

Dagegen die Metallarbeiter, die ihre statutenmäßigen Reisegelder trotz Krise immer noch zur Auszahlung bringen, haben demgemäß auch immer noch lebhaften Reiseverkehr. Im Winter natürlich weniger, aber im Sommer rücken nach wie vor die jungen Metallarbeiter aller Branchen aufs Verbandshaus in der Linienstraße, mit dem Kochgeschirr auf dem Buckel und der Klampfer unter dem Arm, und holen sich ihr Lokalgeschenk. In einem Quartal des vergangenen Sommers sprachen hier in Berlin fast 1000 organisierte Metallarbeiter vor, als Kuriosum dabei: drei Frauen. Ähnlich ist es bei den Holzarbeitern. Auch hier im Winter schwächer, im Sommer härterer Reiseverkehr, allerdings längst nicht so wie in Zeiten der Konjunktur. Damals kamen vor allem viele dänische, schwedische und norwegische Holzarbeiter nach Berlin, um sich hier im Tischlerhandwerk zu vervollkommen; das hat jedoch in der gegenwärtigen Krisenzeit völlig aufgehört.

Neue Brücken in Berlin

Am Bahnhof Rummelsburg und bei Westend

In aller Stille sind in Berlin umfangreiche Brückenbauten vollendet worden, die es verdienen, allgemein bekannt zu werden. Es handelt sich um Westend und ein Gleis der Fernlinie nach Frankfurt an der Oder hinweg. Die alte Ueberführung, die aus zwei sogenannten „Gerberbrücken“ bestand, war den gesteigerten Anforderungen nicht mehr gewachsen. Die Erhebung des recht erheblichen Bauwerks konnte verhältnismäßig leicht durchgeführt werden, da die neue Brücke unter geringer Veränderung der Linienführung dicht neben die alte zu liegen kam. Sie macht durchaus den Eindruck einer einzigen zusammenhängenden Brücke, die wie ein kräftiger Balkenträger über drei Stützen läuft. Tatsächlich aber handelt es sich um zwei Brücken, die auf zwei Stützen gelagert sind. Ihre Stützweiten betragen 64,5 und 58,4 Meter. In der Mitte aber werden sie von einem massiven Pfeiler unterfützt. So einfach und selbstverständlich das neue Bauwerk jetzt nach seiner Fertigstellung auch aussieht, so groß waren dennoch die Schwierigkeiten bei der Gründung des Mittelpfeilers und am östlichen Widerlager. Man mußte sehr tief graben, bevor man den tragfähigen Untergrund fand. Wie wichtig diese Gründungsarbeiten sind, zeigte sich ja erst vor kurzem bei der Stößenbrücke, über die alarmierende Nachrichten ihres Baugrundes wegen verbreitet wurden. Die Ueberbauten der neuen Brücke bestehen aus getupfitem Stahl und wiegen die „Steinigkeit“ von 1200 Tonnen oder 24 000 Zentnern.

Die zweite Brücke wurde am anderen Ende Berlins zwischen den Bahnhöfen Westend und Jungfernheide durchgeführt. Hier galt es, die alte Ueberführung der Berliner Ringbahn über die vier Gleise der Hamburg-Lehrter Bahn durch eine neue tragfähige Konstruktion zu ersetzen. Man ging hier so vor, daß man die neue Brücke neben der alten fertig baute, um sie später an ihre Stelle zu setzen. Dazu wurde neben der alten Brücke noch ein Gerüst errichtet, auf das sie hinübergefahren werden konnte, während man gleichzeitig die neue Brücke an ihre Stelle brachte. Zu dieser viel Sorgsamkeit erfordernden Arbeit wurden sieben Stunden gebraucht. Da aber auf der Ringbahn fahrplanmäßig nur zwei betriebsfreie Stunden zur Verfügung standen, mußte der Verkehr auf 5 Stunden unterbrochen werden. Die Reisenden wurden in dieser Zeit mit Omnibussen zwischen den Bahnhöfen Westend und Jungfernheide befördert. Während der Schnellbahnverkehr schon über die neue Brücke brauchte, wurde die alte in aller Ruhe autogen zerschnitten und abgefahren. Der Ueberbau dieser zweiten neuen Brücke wiegt 900 Tonnen.

Schade, daß die Stadt Berlin nicht in der Lage ist, manche der Spreerbrücken, die es wirklich nötig hätten, in ähnlicher Weise durch moderne Bauten zu ersetzen.

rend man gleichzeitig die neue Brücke an ihre Stelle brachte. Zu dieser viel Sorgsamkeit erfordernden Arbeit wurden sieben Stunden gebraucht. Da aber auf der Ringbahn fahrplanmäßig nur zwei betriebsfreie Stunden zur Verfügung standen, mußte der Verkehr auf 5 Stunden unterbrochen werden. Die Reisenden wurden in dieser Zeit mit Omnibussen zwischen den Bahnhöfen Westend und Jungfernheide befördert. Während der Schnellbahnverkehr schon über die neue Brücke brauchte, wurde die alte in aller Ruhe autogen zerschnitten und abgefahren. Der Ueberbau dieser zweiten neuen Brücke wiegt 900 Tonnen.

Schade, daß die Stadt Berlin nicht in der Lage ist, manche der Spreerbrücken, die es wirklich nötig hätten, in ähnlicher Weise durch moderne Bauten zu ersetzen.

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, 11. d. M., 19½ Uhr, Saal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Genossen Prof. Dr. Ernst v. Aster-Gießen über:

„Der Geist des deutschen Bürgertums und die Politik“

Karten zum Preise von 50 Pf. an den bekannten Stellen. (Karten zu ermäßigten Preisen a. d. Abendkasse.)

rend man gleichzeitig die neue Brücke an ihre Stelle brachte. Zu dieser viel Sorgsamkeit erfordernden Arbeit wurden sieben Stunden gebraucht. Da aber auf der Ringbahn fahrplanmäßig nur zwei betriebsfreie Stunden zur Verfügung standen, mußte der Verkehr auf 5 Stunden unterbrochen werden. Die Reisenden wurden in dieser Zeit mit Omnibussen zwischen den Bahnhöfen Westend und Jungfernheide befördert. Während der Schnellbahnverkehr schon über die neue Brücke brauchte, wurde die alte in aller Ruhe autogen zerschnitten und abgefahren. Der Ueberbau dieser zweiten neuen Brücke wiegt 900 Tonnen.

Schade, daß die Stadt Berlin nicht in der Lage ist, manche der Spreerbrücken, die es wirklich nötig hätten, in ähnlicher Weise durch moderne Bauten zu ersetzen.

Umbau S-Bahnhof Jannowitzbrücke

Der Umbau des S-Bahnhofs Jannowitzbrücke ist jetzt nach mehrjähriger Arbeit — bis auf kleine Restarbeiten — vollendet. Durch

die Verbesserungen der Durchfahrtshöhe der neuen Jannowitzbrücke mußte auch die Straßenoberkante erhöht und infolgedessen auch der ganze Bahnhof um 54 Zentimeter gehoben werden. Der Bahnsteig, der eine geschlossene Halle erhalten hat, ist verbreitert worden, und Fahrartenausgabe und Zugänge wurden wesentlich verbessert. Auch der Ostzugang von der Holzmarktstraße hat neue Schalteranlagen erhalten. Lediglich der Durchgang nach der Holzmarktstraße, die Passage im Hause Holzmarktstraße 3, konnte bisher noch nicht endgültig hergestellt werden, die Fertigstellung verzögerte sich infolge der Besitzverhältnisse des benutzten Privatgrundstückes.

Bewaffnete Nazi

Unerträglicher Straßenterror

Wenn noch irgend etwas geeignet ist, den Banditencharakter der Nazis zu kennzeichnen, so ist es ein Vorfall, der sich am Dienstagabend nach der gewaltigen sozialdemokratischen Demonstration ereignet hat, und zwar wieder einmal in Mahlsdorf, im äußersten Osten von Berlin.

Als in Mahlsdorf in der Nähe des berühmten S.M.-Lokals „Zum strammen Kater“ in der Hönower Straße zwei Reichsbannerkameraden und ein Arbeiterkamerade den Autobus verließen, um sich in ihre Wohnungen zu begeben, wurden sie alsbald in der Augustastraße von einer aus dem Nazilokal kommenden Horde von sieben Mann der nationalsozialistischen Deutschlandretter verfolgt und mit dem Erpresserhände hoch! umzingelt, gefesselt und — man hält das in einem geordneten Staatswesen kaum für möglich — mit vorgehaltenen Revolvern nach Waffen untersucht. Die Banditen mit den Hakenkreuzen nahmen unseren Freunde, die sich angesichts der drohenden Revolver nicht wehren konnten, die Köpfe und dem Sanitäter auch noch seine Tasche weg und flüchteten.

Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, wurde am Dienstagabend nach der sozialdemokratischen Demonstration der Reichsbannermann Joachim R. aus Lichtenberg an der Ecke Neue

Bahnhof und Beyerstraße von S.M.-Leuten überfallen. Als sich der Ueberfallene einige Zeit später zum Revier 255 begab, um dort Beamte zur Feststellung der Täter zu alarmieren, wurde nach den Angaben des Ueberfallenen polizeiliche Unterstützung abgelehnt. Ein Kriminalbeamter soll erklärt haben, daß sein Dienst zu Ende sei und der diensttuende Oberwachmeister hatte angeblich keine Beamten zur Verfügung. Eine Klärung dieses Vorfalles wäre dringend erwünscht.

Die bebende Erde

Weitere Erdstöße in Baden

Rastatt, 8. Februar.

Im Verlaufe des Mittwochs haben sich die Erdstöße in Mittelbaden mehrfach wiederholt. Bis 17 Uhr zählte man etwa fünf starke Erdstöße. Der letzte gegen 16,56 Uhr war wiederum ziemlich heftig, so daß die Bevölkerung stark beunruhigt ist. Die Apparate des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule in Karlsruhe sind immer noch in Bewegung, so daß man mit weiteren Erschütterungen rechnet.

Das tektonische Beben ist zurückzuführen auf Erdverschiebungen in den Verwerfungsstellen, die vom Murggraben in die Rheinebene münden. Am heftigsten wurden die Stöße nach wie vor in Rastatt verspürt. In der Zwischenzeit stellte sich heraus, daß der Sachschaden dort noch weit größer ist, als anfänglich angenommen wurde. Die Zahl der umgestürzten Kamine wird auf 200 geschätzt. Ein 15jähriges Mädchen erlitt durch herabstürzende Ziegelsteine erhebliche Kopfverletzungen. Besonders stark in Mitleidenschaft wurde das Neubauwerkel Jay gezogen, da es sich hier um Neubauten aus der Inflationszeit und um aufgeworfene Wallgräben handelt.

In wenig Worten

In der am Mittwoch begonnenen Schlussziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfielen 300 000 Mark auf das Los Nr. 347087, das in Ahteln in der ersten Verteilung im Rheinland, in der zweiten in Nieder-sachsen gezogen wird.

Am Leipziger Platz wurde vor den Augen der Mutter die zwei Jahre alte Barbara Duncan aus der Gasteiner Str. 23 in Wilmersdorf von einer Autodroschke angefahren und zu Boden geschleudert. Das verunglückte Kind wurde ins Gertrauden-Krankenhaus gebracht, wo es einige Stunden nach seiner Entlassung gestorben ist. — In der Holzendorferstraße in Charlottenburg geriet der siebenjährige Schüler Paul Jürgens aus der Könningsstraße unter die Räder eines Autobus der Linie 7. Der Junge wurde mit starken Gesichtsverletzungen und Beckenverletzungen zur nächsten Rettungsstelle gebracht.

Die Staatsanwaltschaft Berlin will an die Regierung von Liechtenstein einen formellen Antrag auf Auslieferung der in ihr Asylrecht geschützten Theaterdirektoren Brüder Kotter stellen. Die Staatsanwaltschaft möchte vor allem feststellen, ob die Brüder Kotter tatsächlich die Liechtensteinsche Staatsangehörigkeit ordnungsmäßig erworben haben.

Der 40 Jahre alte Schlosser Martin Guber aus Waghelshausen wurde in Mannheim im Verlauf von Zwistigkeiten von seiner Ehefrau erschlagen. Frau Guber wurde verhaftet.

Das Luftschiff „Graj Zeppelin“ wird in diesem Jahre neun planmäßige Südamerikafahrten durchführen.

In der Nähe von Salisbury (England) ist ein Bombenflugzeug abgestürzt. Alle vier Insassen wurden getötet.

Morgen aufpassen! Zeppelin kommt!

Die Fahrt ins Paradies

Geschichte zwischen drei Erdteilen / Von Anton Daddie

Es war November geworden. Der Rebel schwaltete. Und die Hochhäuser von New York endeten im Dunst der Wolken. Qualmend verlief der kleine Dampfer „Milo“ den Hafen, zur Lieberfahrt nach Hamburg. Es brüeste. Und die zwei- und dreißig Rückwanderer des Dampfers standen mit ihren Kindern an Deck. Der Wind zerrte an ihnen. Aber unentwegt schauten sie zurück.

Unten im Zwischendeck war es düster. Weißgraue Bullaugen starrten in den niederen Raum der Passagiere. Die Kojen für die Männer standen auf den Lagerstätten der Frauen, Kinder und Greise. Hier und da brannten über den schmalen, dunklen Gängen matte Glühbirnen. Die Luft war schwül und stank. Manchmal knisterte es in den Spanten. Manchmal marrierte es. Und durch das fahle Zwielicht sahen die bleichen Gestalten der Kojen wie knochige Gerippe aus. An den Bordwänden glückte die See. Aus dem Dunkel der hinteren Ecke drang Gesetze oder Geräusche. Der Dampfer heulte. Und in der Tiefe des Schiffes stampfte die Maschine den Takt der Fahrt.

Plötzlich erschien hinten im Dunkel ein Gesicht, noch schwärzer als die Finsternis. Seine Augen schienen weiß. Sie starrten. Dann lauerten sie nach allen Seiten. Verstoßen richtete sich in der finsternen Kojen, die auf einem elenden Schlafkasten stand, der schwarze Mensch auf. Aus irgendeinem Versteck drang das aufgeregte Ticken einer Taschenuhr. Er duckte sich zusammen und stierte vor sich hin. Sein Kopf wurde deutlich. Es war der Neger Galy Goodfrop.

Er war der Sohn eines Bostoner Hafenarbeiters, der sich einst, angelockt von der westlichen Kultur, die er als Karawanenführer kennen lernte, vom hohen Sudan entfernte, viele Jahre in den Feisräumen der Ueberseeschiffe zur See fuhr und dann in der „neuen Welt“ ansässig wurde. Galy dachte gerne an seinen Vater, der vor zehn Jahren gestorben war. Er konnte auch nicht vergessen, daß sein Vater einmal in der Kneipe eines Boardinghauses einen englischen Bootsmann, der ihn einen „schwarzen Affen“ schimpfte, derart zusammenschlug, daß die weißen Zuschauer bedenklich erblaßten...

Galy war, da er nun so ausgerichtet und gebuckt in seiner Kojen hockte, nahezu dreißig Jahre alt. Ueberall, wo er mit weißen Menschen in Berührung gekommen war, hatten sie ihn fühlen lassen, daß er bloß ein „schwarzer Affe“ sei. Sogar das trübselige Zwielicht in dem Raum der Passagiere miß ihm. Er ertrug jedoch alle Demütigungen still. Seine Mutter kannte er nicht. Von seinem Vater hatte er über sie nur gehört, sie habe ihr Leben bei dem Omnibusfahrer in der 72. Straße eingebüßt. Galys Kopf nickte, erschüttert von den harten Tritten, die er durch das eiserne Deck über sich fühlte. Die Tritte wurden zum Getrampel. Plotzlich kamen die Rückwanderer den Niedergang zum Zwischendeck herunter. Das Zwielicht machte ihre Gesichter faßl; und der Wirrwarr der Schatten ließ sie verschmüht und verzerrt erscheinen. Die Kinder lachen es und meinten. Das Schiff stampfte. Galy neigte sich aus seiner Kojen und sah, daß unter ihm in dem elenden Schlafkasten nur ein alter Kouschekoffer lag. Der Koffer war offen wie ein aufgeschlagenes Buch. Und der dumpfe Takt der Maschine wurde schneller, durchdringender.

Gegen Abend vernahm er, trotz des Stimmengewirrs der Passagiere, ein Geklippe aus dem Schlafkasten zu sich herausbringen. Es klang vertraulich leise. Manchmal wurde es zum Gemurmel. Aber er verstand kein Wort davon. Und doch glaubte er den Sinn der ihm fremden, geheimnisvollen Sprache zu empfinden. Angst befiel ihn, eine ungewisse Angst. Das Getöse in den Spanten wurde laut. Und aus dem Geklippe der See hörte er Gemurmel. Er sah sich an den Kopf, um zu fühlen, ob er wirklich wach sei. Und da vernahm er ganz deutlich unter sich einen einsamen Menschen aus großer Sehnsucht beten. ... Irgendwo in den Kojen hing ein Säugling an zu schreien. Das Schiff stampfte. Die Maschine stampfte. Galy hörte Tritte über das eiserne Deck tappen. Und der Säugling plärrte und plärrte. Galy versuchte sich aufzurichten, um in den Schlafkasten zu gucken, aus dem seine Beunruhigung erwuchs. Aber er vermochte sich nicht zu bewegen. Die Bullaugen hatten sich verfinstert. Das Licht der Glühbirnen schien nicht mehr so faßl. Und überall tuschelten Verliebte miteinander. Er horchte. Ein Zwischenwörter schraubte zum Zeichen, daß das Wetter stürmisch werde, die Verschlässe der Bullaugen zu. Und das heimliche Getuschel wurde dünner, leiser und verhallte. Noch nie fühlte sich Galy so fremd wie jetzt. Er litt an Sehnsucht an der Sehnsucht, die ihn aus dem Gebet des unbekanntem Menschen überkam. Das Schiff erzitterte, erschütterte von der todbenden See. Da spürte der Neger an seiner linken Hand, mit der er sich an der Kante seiner Kojen hielt, den Hauch der feilen Worte: „Warum weinst du?“ Erschrocken schaute er in das abgehärmte Antlitz eines Mannes. Es hatte einen weißen Bart; es war ihm fremd und dennoch bekannt; es schien uralte. Jetzt erst wurde dem Schwarzen bewußt, daß er weinte. Und in der Ferne brüllte ein Schiff. Er horchte auf, über sich, über die Welt, über die Menschen. Da hörte er den „Milo“ heulen. Immer und immer wieder heulte das Schiff. Verfürt fragte er: „Was ist, was ist?“

„Rebel!“ erwiderte der Greis, „Rebel...“ Das Schiff schlingerte. „Wer bist du?“ fragte der Schwarze, „daß du mich gehört?“

„Ich habe meinen Platz unter dir“, antwortete der Greis.

Und da Galy schwieg, fragte er: „Warum zitterst du so?“

Galy entgegnete: „Das ganze Schiff zittert doch!“ Er stieg aus der Kojen und setzte sich auf den Schlafkasten. Der Alte hockte sich neben ihn, griff vom Kopfkissen ein dickes, schwarzes Buch, tippelte mit dem Knöchel auf den Deckel und wartete, als habe er angeknöpft. Dann fragte er: „Wo fährst du hin?“ Der Neger knirschte rasselnd: „Ich weiß nicht, ich weiß nicht... Mir ist, seit ich auf dem Schiffe bin, zumute, als wäre mein Weg nicht richtig, als sei die Reise nur eine Ausflucht!“ Der Alte schwieg. Und da murmelte der Neger: „Warum müssen wir Schwarze so leiden: was haben wir den weißen Menschen anzusetzen, daß sie uns treten und ähsten? Warum ist es so, daß die Neger „Black Monty“ sein müssen? Vor meinem Gesicht fürchten sich die Kinder!“

„Nur die weißen“, flüsterte der Greis, „denen

glauben gemacht wird, der schwarze Mann sei der „böse Geist!“

Galy nickte: „Die Sklaverei ist doch aufgehoben worden, aber die Neger werden von den Weißen immer noch wie Geirandmarkt gewertet!“ Der Greis entgegnete: „Ja, die Menschen! Egal, ob ihre Haut weiß oder gelb, kupfern oder schwarz ist, egal, wie ihre Nasen, Lippen, Haare und Augen aussehen, haben alleamt rotes Blut, Menschenblut; sie erinnern sich aber nur daran, wenn es fließt, vergossen wird, für ihre Interessen!“ Mit einem Male legte sich das Schiff schwer auf die Seite, nach Backbord. Aus allen Kojen drang Gestöhne. Da klopfte der Alte zum zweiten Male auf sein Buch und sagte: „Beobacht, mein Freund, die Juden, überall ergeht es ihnen wie dir, überall werden sie mißachtet, beleidigt und verdrängt, zusammengeedrängt in die dunklen Viertel der Städte, in die Finsternis der Ecken. Wir haben geklagt darüber und gekammert, aber wir pflegten den Geist, den Geist der Verführung, des Schaffens, den Geist des Erkennens; und

unsere Demütiger wurden vor uns klein, unwichtig!“ Er witterte sein Buch auf und erklärte: „Es gab herrliche Menschen! Und einer davon sagte: „Wir wollen den Namen Gottes durch unzer Tun heiligen, indem wir dazu mitwirken, daß jene Zeit herannahet, in welcher alle Menschen geeint sein sollen in der Liebe zu allen Nebenmenschen!“ Galy sagte, so aus seinem Nachdenken heraus: „Ich fühle mich so fremd; alles ist mir fremd geworden; ich kann mich selbst nicht mehr verstehen!“ Eine Frau erhob sich, tappte an den Alten heran, und fragte: „Wird's Wetter schimm, daß ihr so heimlich sprecht?“

„Rebel“, erwiderte der Jude bedeutungsvoll, „Rebel.“ Sie huschte zurück.

Der Alte legte sein Buch weg und fragte: „Wohin fährst du denn?“

„In die „alte Welt“, entgegnete Galy auf einmal beglückt, „über die ich gelesen habe, daß es dort ein Land gibt, wo der Friede herrscht. Ich jahre“, flüsterte er vornehm, „ins Paradies!“ Da schwieg der Greis und lächelte. Sie tranken in ihre Kojen. Dampf klopfte die Maschine den Takt der Fahrt. Und die Kleidungsstücke, die allenhalben im Scheine des fahlen Lichtes hingen, bewegten sich durch die Erschütterungen. Es sah aus, als seien sie Menschen, verstorbene Menschen, die durch die Gedanken, die sie sich über das Leben machten, das sie hinter sich hatten, nicht zur Ruhe gelangen konnten. (Schluß folgt.)

Meeresströmungen werden verlegt

Zwei Projekte / Von Christoph Carlowitz

Unter dem Einfluß regelmäßig wehender Winde, die durch das Abströmen der Luft von Regionen höheren zu Stellen tieferen Luftdrucks herbeigerufen werden, entstehen in allen Weltmeeren Strömungen, die je nach ihrem geographischen Ausgangspunkt warmes oder kaltes Wasser mit sich führen. So führen z. B. die im Atlantischen Ozean nördlich und südlich vom Äquator von den Passatwinden angetriebenen Äquatorialströmungen warmes Wasser, während die aus den polaren Gewässern kommenden Strömungen kaltes Wasser führen. Am bekanntesten und am wichtigsten für uns Europäer ist der Golfstrom. Seine Heimat ist der Golf von Mexiko; seine Erzeuger sind die warmen Äquatorialströmungen, die zunächst an Südamerikas Küste entlang strömen, sich dann zwischen den Antillen hindurchschlingeln und schließlich dem Golf von Mexiko zufließen.

Unter dem Einfluß westlicher Winde wendet sich der Golfstrom, der nach dem Verlassen des mexikanischen Golfs und dem Passieren der Floridastraße zunächst an der Küste der Vereinigten Staaten entlang strömt, nach Osten, und sein Hauptast schließlich nach Norden. Auf seinem Wege zum Polarkreis streift der Golfstrom auch die europäischen Gestade. Die von ihm ausgehende Wärme übt nun insofern einen sehr bedeutenden Einfluß auf das Klima der Länder Nordosteuropas aus, daß sie ohne diese gewaltige Warmwasserheizung, die ihnen jahrein, jahraus eine ungeheure Menge Äquatorwärme zuführt, ein viel rauheres Klima aufweisen würden.

Der in das nördliche Eismeer einmündende Golfstrom wäre auch noch warm genug, einen Teil der sibirischen Küste etwas anzuwärmen, wenn nicht eine aus dem Karischen Meer kommende sehr kalte Strömung seine Wirkung aufhobe. Da die Karische Straße, durch die das kalte Wasser des Karischen Meeres dem Golfstrom entgegenfließt, eine verhältnismäßig schmale Pforte zwischen der weit ins Eismeer hinausgestreckten Insel Nowaja-Semlja und dem Festland darstellt, so hat der russische Ingenieur Awdejew einen Plan ausgearbeitet, der sich den Verluß dieser Pforte mittels eines Damms zum Ziel gesetzt hat. Wird nämlich das Karische Meer nach Westen zu abgeriegelt, dann vermag sein kaltes Wasser nicht mehr dem von Westen kommenden Golf entgegenzufließen, und der Teil der Wärme, der dem Golfstrom trotz der viele tausend Seemeilen langen Wanderung vom mexikanischen Golf bis zur Insel Nowaja-Semlja noch verblieben ist, vermag die an der sibirischen Küste herrschende Kälte um einige Grade zu vermindern. Und ein mehrere Grade milderes Klima bedeutet für die Schifffahrt unter Umständen sehr viel.

Ermägungen gleicher Natur waren es, die zur Ausarbeitung eines Planes zwecks Abriegelung des Japanischen Meeres nach Norden zu führten. In diesem verhältnismäßig schmalen Meer sind zwei Strömungen vorhanden. Von Süden tritt durch die Straße von Korea die warme Tsushima-Strömung ins Japanische Meer, an den Inseln Honbu, Jesso und Sachalin entlang streifend und deren Küstengebiet erwärmend. Von Norden aber tritt durch eine nur etwa 6 Kilometer breite Pforte zwischen der Insel Sachalin und dem Festland eine kalte Strömung aus dem Ochotskischen Meer. Dieser kalte Strom streicht an der Festlandküste nach Süden und hat zur Folge, daß die von ihm bestrichene Küste ein um mehrere Grad kälteres Klima als die Ostküste des Japanischen Meeres hat. Während die Ostküste im Winter eisfrei bleibt, gefrieren die Häfen der Westküste bis herunter nach Korea. Der Verkehr in dem wichtigen russischen Hafen Wladiwostok kann deshalb während dreier Wintermonate nur mittels Eisbrecher aufrechterhalten werden. Ein weiterer Uebelstand sind die häufigen

Rebel an der Festlandküste, die vor allem in den Monaten Juni bis August aufzutreten pflegen und ihre Ursache in dem Ausgleich zwischen der warmen und kalten Strömung haben dürften.

Der Plan läuft deshalb ebenfalls auf die Abriegelung der kalten Strömung hinaus. Wohllich wie bei der Karischen Straße im nördlichen Eismeer liegen auch im Falle der kalten Strömung aus dem Ochotskischen Meer die Verhältnisse insofern sehr günstig für einen menschlichen Eingriff, als die Meerenge zwischen der Insel Sachalin und dem Festland nur etwa 6 Kilometer breit und zu etwa zwei Dritteln nicht tiefer als 6 Meter ist. Der zu errichtende Damm würde deshalb nicht etwa allzu große Mengen Baustoff erfordern. Da der Schiffsverkehr zwischen dem Japanischen und dem Ochotskischen Meer nicht behindert werden darf, so soll der Damm mit einer Schiffschleuse ausgerüstet werden. Und über die Schleusenlammer soll eine Brücke führen, um einen Eisenbahn- und Straßenverkehr über den Damm zu ermöglichen. Mit Hilfe einer Eisenbahnverbindung könnten nämlich die reichen Bodenschätze der Insel Sachalin ohne Umschlag aufs Festland geschafft und dort verarbeitet wer-

den. Da außer den Russen auch die Japaner Anlieger des Japanischen Meeres und als solche an den klimatischen Verhältnissen stark interessiert sind, so setzt die Ausführung des russischen Planes allerdings das Einverständnis der Japaner voraus. Dieses dürfte nicht schwer zu erhalten sein, da irgendwelche schädlichen Einwirkungen durch die Abriegelung der kalten Strömung höchstens im Ochotskischen Meer selbst auftreten könnten. Und dieses Meer wird von Sibiriens Küsten begrenzt, hat also für Japan keine Bedeutung. Als weitere Folge der Abriegelung ist in jedem Winter eine längere Unterbrechung des Verkehrs an der Amurmündung zu befürchten. Der Plan sieht deshalb einen neuen, etwa 100 Kilometer südlich gelegenen Seehafen für den Amur vor, zu welchem Zweck ein etwa 15 Kilometer langer Kanal in flachem Land ausgestochen werden müßte.

Die beabsichtigte Klimaverbesserung stößt also in diesem wie auch im Falle des Golfstromes an der sibirischen Küste auf keine besonderen technischen Schwierigkeiten. Die Verwirklichung beider Projekte ist lediglich eine Frage der zur Verfügung stehenden Geldmittel.

Kilde Lewin, Nicht vergessen

Wir waren alle einmal Kinder
Und hatten runde, rote Wangen;
Manche aber von uns hatten
Schmale, von der Stadt so bleiche.
Auch nicht immer satt zu essen
Hatten alle.

Das war damals, als der Krieg war,
Und der Vater nicht mehr heimkam.
Aber alle hatten wir
Leuchtend frohe Kinderaugen,
Glücklich in die Welt um uns,
Glücklich auf die Großen schauend,
Die uns bei den Händen nahmen
Und uns ihre Liebe gaben.

Heute sind wir selber groß.
Unsere leuchtend frohen Augen
Sind so bald, so bald erloschen.
Mit dem Glauben ist es nichts mehr.
Nur der Hunger, der ist da:
Hunger, sich mal satt zu essen,
Hunger danach, zu vergessen,
Daß die wunderschöne Erde
Nicht uns allen Früchte trägt.
Doch wir dürfen nicht vergessen!
Denn in uns ist soviel Liebe
Zu den Kindern, die sich müde
Einst an unseren Händen halten —

Und zu allen unseren Brüdern.

Kleine Bosheiten großer Leute

Max Reinhardt.

Max Reinhardt wird von einem jungen Dramatiker angehalten:

„Verzeihen Sie, Herr Professor, ich habe vor einem Jahr bei Ihnen ein Drama eingereicht, darf ich mich nach dem Schicksal meiner Arbeit erkundigen?“

„Wie heißt Ihr Stück?“ fragt Reinhardt zurück.

„Das Gefängnis.“ stammelt der junge Autor.

„Ah, das Gefängnis.“ sagt Reinhardt. „Das Stück ist mir so symbolisch.“

„Wie meinen Sie das, Herr Reinhardt?“ stottert der junge Dichter.

„Ich meine,“ erwidert der berühmte Regisseur, „wenn man es liest, möchte man ausreißen.“

Historische Miniaturen

Doré bekommt einen Auftrag.

Eine reiche Pariser Dame hatte es sich in den Kopf gesetzt, sich von Doré malen zu lassen. Die Dame war ebenso arrogant wie dumm, ebenso höflich wie eitel, mit ihrem festen Glauben an ihre überragende Schönheit und Klugheit war sie eigentlich eine unangenehme und lächerliche Erscheinung; doch ihr Geld gab ihr Gewicht, und auch Doré konnte Geld brauchen...

Dennoch lehnte er ab. „Ich bin kein Bildnismaler“, sagte er. „Ich kann nur symbolische Bilder zeichnen. Sehen Sie sich meine Illustrationen zur Bibel und zum „Don Quixotte“ an, und Sie werden mir recht geben. — Sehen Sie zu einem Maler, der sich auf das Malen von Frauen versteht“, fügte er mit der ihm eigenen verletzten Ironie hinzu.

Aber die dickköpfige Dame ließ nicht nach; sie wollte in ihren Kreisen damit glänzen, daß der große Doré ihre Schönheit eines Bildes für würdig befunden hatte. Doré nannte endlich einen gepfefferten Preis. Aber auch das schreckte sie nicht ab...

„An Gottes Namen!“ sagte Doré endlich.

„Und wann soll ich zur Sitzung kommen?“

„Sie brauchen nicht zu sitzen. Eine Frau wie Sie malt man aus dem Gedächtnis.“ Geschmeichelt entfernte sich die eingebildete Schönheit.

Schon am nächsten Tage erhielt sie ihr Bild zugestellt, durch einen Boten, dem sie den geforderten Preis ausfolgte. Dann packte sie die Zeichnung erwartungsvoll aus. Was sah sie...?

Eine große, wunderschöne Frau, mit hoher Stirn, weisheitsvollem und lieblichem Gesicht, prachtvollem Körper. Schon wollte sie in hellen Jubel ausbrechen, obwohl die Gestalt nicht die mindeste Ähnlichkeit mit ihr hatte; aber sie entsprach dem Bilde, das sie sich selbst von sich machte.

Erst bei näherem Zusehen entdeckte sie, daß die Gestalt in einem großen Spiegel stand, also nur ein Spiegelbild war. Diejenige, die sich in dem Spiegel betrachtete, stand klein und unscheinbar im Vordergrund — mit niedriger, dummer Stirn, arrogantem und häßlichem Gesicht reizlossem Körper. Und diese Figur war sie, wie sie in Wirklichkeit war, und — war sprechend ähnlich...

Unten fand sie auch den Titel des Bildes. Er lautete: „Madame K., oder die Selbstüberhebung, Gustave Doré, Symbolmaler.“

— Das Bild ist uns leider nicht erhalten geblieben. Die Dame hat es zerrissen.

Meher.

Das vergessene Sofortprogramm Hitlers

Hier ist es! — Warum Vierjahrespläne? — Arme Nazis!

Die Regierung Hitler weiß nicht, welches Wirtschaftsprogramm sie ihren jahrelang in die höchsten Hoffnungen gewiegten Anhängern aufstellen soll. Wir sind menschenfreundlich genug, ihr bei ihrer schweren Arbeit zu helfen. Wir wollen sie deshalb daran erinnern, daß die Partei des Reichskanzlers vor nicht allzu langer Zeit ein bis ins einzelne gehendes Sofortprogramm ausgearbeitet hat. Es erschien vor den Wahlen 1932, trägt hochoffiziellen Charakter und wurde den Nazitrednern „insbesondere für den Wahlkampf zur Wahlwahl“ ausdrücklich empfohlen.

Es wurde nach kommunistischem Muster sogar als Generallinie festgelegt:

denn es wurde hinzugefügt, daß alle Neuerungen, die von diesem Material abweichen, lediglich als private Meinungsäußerungen zu betrachten sind. Es kann also keine bessere Grundlage für das Wirtschaftsprogramm der Regierung Hitler geben als das Sofortprogramm der Partei, deren diktatorischer Führer derselbe Hitler ist. Es wird deshalb zweckmäßig sein, einige wichtige Forderungen des Sofortprogramms bekanntzugeben. Wir werden uns allerdings nicht verjagen können, dazu einige Randbemerkungen zu machen.

Das Sofortprogramm der Hitler-Partei vom Juli 1932 fordert erstens:

Öffentliche Arbeitsbeschaffung in Höhe von vielen Milliarden Mark.

Dazu wäre allerdings eine Inflation größten Stils notwendig, die nach der Regierungserklärung (Vermeidung jeglicher Währungsversuche) ausgeschlossen ist. Dieser Programmpunkt muß also schon ins Wasser fallen. Außerdem ist anzunehmen, daß Papen und Hugenberg, wie sie schon im September vordemonstriert haben, lieber die Privatwirtschaft anturben wollen als die öffentliche Wirtschaft.

2. Abgehen Deutschlands von der Goldwährung. Auch dieser Programmpunkt ist durch die Versicherung der Regierungserklärung, daß jedes Währungsversuch verabschiedet werden soll, bereits preisgegeben worden.

3. Verstaatlichung des Bankwesens. Dafür würde die Regierung, wie immer die Wahlen ausgehen, auf eine sichere Mehrheit rechnen können; denn die Sozialdemokratie fordert ebenfalls die Verstaatlichung der Großbanken. Wir fürchten aber, daß die Nazis alles daran setzen werden, um der peinlichen Situation einer Abstimmung über unseren Antrag auszuweichen. Jedenfalls sind wir darauf gespannt, wie die Regierung Hitler diesen Programmpunkt, der seit langem zu den wichtigsten Forderungen der Nazis zählt, verwirklichen wird.

4. Staatliche Kontrolle der Kartellpreise. In welcher Vorlesung haben die Nazis die Aufsicht über die Kartelle in die Hand des Vertrauensmannes der monopolisierten Schwerindustrie Hugenberg gelegt. Dort ist sie gut aufgehoben.

5. Beseitigung der Aufsichtsratskontrollen. Ein besonders interessanter Programmpunkt, über den die baldige Ausrückung der Regierung dringend erwünscht wäre.

6. Festsetzung eines Höchstpreises von 12000 M. jährlich für die öffentliche Hand und Angleichung der Gehälter der Privatwirtschaft an diese Grenze.

Diese Forderung entspricht fast wörtlich einem sozialdemokratischen Reichstagsantrag.

Auch für sie ist die Mehrheit also gesichert. Warum zögert dann die Regierung, diese Forderung zu verwirklichen, bei deren Durchführung sie keinen parlamentarischen Widerstand fürchten muß? Oder war auch diese Forderung nur für den Wahlkampf berechnet?

7. Sondersteuer für die hohen Einkommen und den hohen Aufwand. Für diese Forderung trifft alles zu, was zum vorigen Punkt bemerkt wurde.

Es folgt als achter Punkt:

Beihleunigte Durchführung einer gesunden Offiziellung.

Hierfür würde die Regierung auf den Beifall des gesamten Volkes, außer einer hauchdünnen Oberschicht, rechnen können. Aber wir fürchten, daß die Regierung gerade von dieser hauchdünnen Oberschicht so stark abhängig ist, daß sie nicht besonders energisch an die Durchführung ihres Versprechens, die Siedlung zu fördern, herangehen wird. Das fatale ist nämlich, daß die Siedlung nur gefördert werden kann, wenn endlich einmal mit dem größten Dsthilfekanzler, der Verzögerung der Abwicklung des Sicherungsverfahrens, Schluß gemacht wird. Sehr fatal für eine Regierung, die so enge Fäden mit den Nutznießern der Dsthilfe verbindet wie die gegenwärtige Regierung.

8. Verstaatlichung der kapitalistischen Monopole. Einverständnis! Heberwältigende Mehrheit gesichert, da ein entsprechender sozialdemokratischer Antrag vorliegt. Die Frage ist nur, ob der Herr Reichswirtschaftsminister, unter dessen Ressort die Monopole fallen, mit dieser Forderung ebenso einverstanden sein wird. In diesem Zusammenhang wäre es eigentlich ganz interessant zu erfahren, warum die Nazis sich damit einverstanden erklärt haben,

daß ausgerechnet der Vertreter der extremsten privatwirtschaftlichen großkapitalistischen Richtung zum Reichswirtschaftsminister ernannt wurde.

Sollten sie vielleicht ihre Forderungen auf Verstaatlichung der Banken und der kapitalistischen Monopole gar nicht so ernst gemeint haben, wie sie es ihren Wählern einreden wollten?

10. Unterstellung der Aktiengesellschaften unter Staatsaufsicht. Diese Forderung wird von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften bei den gegenwärtig stattfindenden Beratungen über die Aktienrechtsreform energisch vertreten. Wir wollen abwarten, wie sich die Regierung in ihrem Programm dazu äußern wird.

11. Als allerletzte Forderung wird im Sofortprogramm

die Arbeitsdienstpflicht

genannt. Ein merkwürdiger Zufall will, daß diese allerletzte Forderung des Nazi-Programms die einzige, aber auch wirklich die einzige ist, für deren Durchführung sich die Hitler-Regierung ernsthaft interessiert. Freilich hat gerade für diese Forderung die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung nicht das geringste Verständnis.

Die Nazis befinden sich also wirklich in einer bedauernden Situation. Sie haben einen

ganzen Katalog von dringlichen Forderungen (Sofortprogramm!) aufgestellt, von denen einige die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der wertvollen Bevölkerung finden.

Aber gerade diese Forderungen sind in dem Augenblick in der Versenkung verschwunden, in dem die Nazis an die Macht kamen, also die beste Gelegenheit hätten, ihre Versprechungen zu erfüllen.

Und sie haben eine Forderung aufgestellt, die auf den entschiedensten Widerspruch der überwältigenden Mehrheit des arbeitenden Volkes stößt, die Arbeitsdienstpflicht, und gerade diese Forderung versuchen sie jetzt mit Feuereifer zu verwirklichen. Was kann ein denkender Mensch von einer solchen Partei noch erwarten! Ruß sich nicht jeder anständige Mensch mit Gel von einer Partei abwenden, die die Wähler mit Verheißungen vor ihrer antikapitalistischen Sehnsucht und mit Forderungen, die gegen das Großkapital gerichtet sind, einzufangen sucht und die, sowie sie dieses Ziel erreicht hat, sich mit den extremsten Vertretern des Großkapitals verbündet, um gemeinsam mit ihnen in die Amtlichkeit hinaufzusteigen zu können?

Die Nazis sozialisieren

Aber keine Großbanken, sondern Sparkassen

Die nationalsozialistische Regierung Koeber in Oldenburg hat eine Verordnung erlassen, durch die die neun kommunalen Sparkassen des Landes Oldenburg vom 10. Februar ab aufgehoben werden. Von diesem Termin ab werden die kommunalen Sparkassen von der Landes Sparkasse Oldenburg übernommen und nur noch als Filialbetriebe dieses Zentralinstituts weiterarbeiten.

Diese Verordnung der Oldenburger Naziregierung stellt einen so bedeutenden Eingriff in die Sparkassenorganisation dar, daß, wenn derartige Maßnahmen in anderen deutschen Ländern Schule machen sollten, die Rückwirkungen auf die breiten Massen der Sparer gar nicht abzusehen sind. Wie wir erfahren, hat auch die Leitung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes in Berlin bei dem Reichskanzler sofort scharfsten Protest gegen das Vorgehen der Oldenburger Regierung erhoben.

Es erhebt sich die Frage, welchen Zweck der auf Geld- und währungspolitischem Gebiete sehr experimentierfreudige Ministerpräsident Koeber mit diesem neuen Gewaltstreich verfolgt. Ist es nur, um einen der nationalsozialistischen Pro-

grammpunkte durchzuführen, so wäre diese Art „Sozialisierung“ ein sehr mageres Ergebnis. Viel näher liegt schon die Möglichkeit, daß Herr Koeber die kommunalen Sparkassen, die immerhin einen Einlagebestand von etwa 60 Millionen haben, verstaatlicht, um die chronische Geldflut, die unter der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg sich ständig verschlimmert hat, durch eine Zusammenfassung der Spargelder in der Landes Sparkasse zu beheben. Da die letztere nur eine Abteilung der staatlichen Landestredianstalt ist, so sind hier für die Befriedigung der staatlichen Pumpbedürfnisse Tür und Tor geöffnet.

Soviel steht fest, daß irgendwelche sachlichen Gründe für diese beunruhigende Maßnahme nicht vorgelegt haben. Die neun Sparkassen im Lande Oldenburg stehen genau so sicher da wie alle anderen Sparkassen im Reich und die Heberwältigungskredite bei der Kassenbank in Höhe von 2 Milliarden Mark stehen zu dem Einlagebeständen in einem Verhältnis, das im Hinblick auf die Gesamtsituation als durchaus normal bezeichnet werden kann.

Die Gefahren derartiger Experimente liegen auf der Hand. Die Sparkassen sind ihrem Wesen nach ausgesprochen lokale Organisationen, die sich im engsten persönlichen Verkehr als Geldnehmer und Kreditgeber das Vertrauen ihrer Kundenschaft erworben und auch in unruhigsten Zeiten weitgehend erhalten haben. Dies gilt ganz besonders für ein ausgeprägtes Bauernland wie Oldenburg. Die Verstaatlichung der kommunalen Sparkassen nach Oldenburger Muster aber zerreißt das enge Band zwischen Sparer und der Organisation, so daß die notwendige Folge derartiger Gewalt Eingriffe eine neue Erschütterung des Sparertrustens mit allen ihren Folgen ist, die wir aus dem Katastrophenjahr 1931 nach in Erinnerung haben. Das Echo aus den Oldenburger Sparkassen wird Herrn Koeber sehr schnell darüber aufklären, was er sich mit seiner neuesten Regierungstat eingebracht hat.

Ungewohnte Worte!

Man hätte nach all den Vorfällen der letzten Zeit glauben können, daß es in Deutschland keine agrarische Stelle gäbe, die ihre Aufgabe in sachlicher Arbeit sieht. Um so erfreulicher ist die Feststellung, daß das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft nach wie vor daran arbeitet, daß die landwirtschaftliche Betriebsführung verbessert, nach neuesten Arbeitsmethoden umgestaltet wird.

Auf der Mitgliederversammlung dieses Instituts war es vor allem der Vorsitzende Landrat a. D. von Wilmowits, der betonte, daß die staatliche Zoll- und Handelspolitik ihre Wirkung als Preisregulator verloren habe. Die Landwirtschaft habe sich selbst anzukämpfen, um die Krise zu überwinden; sie müsse sich in Produktionstechnik und Absatz auf die veränderten Verhältnisse der Weltwirtschaft (!) umstellen.

Anansehen muß den anwesenden Schreibern über die „marginalistische Landwirtschaft“ auch die Feststellung Wilmowits gewesen sein, daß die preußische Landwirtschaft vor 100 Jahren, nach dem gewonnenen Befreiungskriege, unter der Herrschaft der Feudalmonarchie eine außerordentlich lange und schwere Krise durchzumachen hatte. Auch sie sei nur durch Betriebsumstellung und Absatzverbesserung, nachdem die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung gestiegen war, überwunden worden. Wie wollen hoffen, daß sich die Landwirtschaft um die Arbeiten des Reichskuratoriums demnächst mehr als um die Demagogie des Landbundes kümmert.

Neue Verhaftungen in der Kreuzer-Affäre. Die Kreuzer-Affäre hat eine sensationelle Wendung genommen. Während bisher außer dem Bruder des toten Zündholzkönigs und mehreren Subdirektoren nur eine Anzahl unbedeutender Persönlichkeiten verhaftet worden war, hat die Staatsanwaltschaft jetzt den Generaldirektor der Kreuzerischen Zentralbank Kreuzer u. Troll u. S., Major Wilmowits, verhaftet. Man wirft diesem zur Last, bei den letzten Anleiheemissionen große Betrugsmanöver unternommen zu haben.

Gewinnauszug

5. Klasse 40. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer aus der Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 8. Februar 1933

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 42744	6 Gewinne zu 5000 M. 163524 334808 340132
16 Gewinne zu 3000 M. 40900 80349 98077 162372 183190 194360 263104 326651	50 Gewinne zu 2000 M. 8348 24600 106372 112538 118236 138665 138587 163679 175374 224940 241407 256165 267708 268200 302145 311292 311693 321467 325813 339105 367621 372591 377076 379079 391182
90 Gewinne zu 1000 M. 6303 17800 25506 30651 31148 44497 45385 47530 48351 60801 64015 69203 68263 69626 71843 77854 79330 89450 93131 98848 105562 107808 132557 149252 151873 178862 180638 183542 186054 207114 215819 230525 244745 250855 264004 271669 272258 278222 292421 298628 317800 326506 381280 384597 386848	172 Gewinne zu 500 M. 13549 13745 19000 19839 24125 25967 26765 27418 33053 34105 35554 36444 37860 42829 45703 54926 60403 66880 79653 84845 92205 93602 112161 118510 121593 122018 128372 133068 142827 143657 146540 147725 151910 153632 155979 162522 162986 165867 167899 174785 178887 179425 179649 183220 183284 185126 188615 198240 205663 205948 208003 207871 208986 225420 227777 229663 229919 231830 237138 237961 246067 261470 264787 268428 271524 273405 283014 298740 299627 312363 314521 316597 325284 342414 343340 348800 348708 350902 354169 367063 370849 372678 375006 376806 379170 380897

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 30000 M. 347087	2 Gewinne zu 10000 M. 344929
14 Gewinne zu 5000 M. 54891 60444 120734 129087 164051 225194 296954	18 Gewinne zu 3000 M. 1149 103589 124435 182070 216357 323411 352055 389106 390008
54 Gewinne zu 2000 M. 1252 5327 8203 38457 54627 58650 64001 69346 113381 122585 130851 133440 148074 147737 143924 151929 171005 181827 189605 192985 208535 210096 226280 259139 263512 289547 281072 297398 298137 301446 306580 310024 312961 314565 322618 339818 342945 345540 348885 350144 351740 352004 366376 360414 368628 370590 378174 388687 390079	198 Gewinne zu 500 M. 4175 14174 15553 19074 22497 22870 25860 27028 28355 32088 35401 36421 37884 39929 54627 58650 64001 71000 73081 75384 81050 84126 84544 85232 90320 100667 102372 103111 103178 103370 104425 106028 117954 122823 137703 138223 144880 150028 151135 160830 163741 165119 173910 177670 186484 192561 196018 208306 211250 212541 226517 227211 231694 233505 239668 242752 243562 244365 245592 246480 250779 265339 273989 276747 279387 290331 298821 293812 295128 298368 297340 298368 298405 303474 312567 314816 321855 326710 329410 329650 337826 340788 340961 343634 345065 347028 349706 353437 358759 362471 363189 368238 391779 392561 393189 393777 397309 398410 399921

Im Gewinnabende verließen: 2 Bräunten zu je 5.000, 2 Gewinne zu je 50.000, 2 zu je 20.000, 4 Gewinne zu je 10.000, 6 zu je 7.500, 12 zu je 5.000, 30 zu je 2.500, 198 zu je 1.000, 480 zu je 700, 986 zu je 500, 2898 zu je 300, 5792 zu je 100, 9830 zu je 50, 28846 zu je 4, und 100 Schlussprämien zu 3000 Mark.

Unerwartet erlag einem Schlaganfall unser alter Genosse

Adolf Kehr

Mit ihm schied ein Genosse, der schon unter dem Sozialistengesetz tätig war und in rastloser Arbeit sich für die sozialistischen Ziele einsetzte. Wir verlieren in ihm einen der Gründer unserer Abteilung sowie der Konsumgenossenschaft und der Freien Turnerschaft Karlsruhe, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.

Der Vorstand der 121. Abteilung

Die Einäscherung erfolgt am 9. Februar, 20 Uhr, im Krematorium Bismarckweg. — Regte Beteiligung wird erwartet.

Am Montag, dem 6. Februar, nachm. 1/2 Uhr, entschlief nach kurzem aber schwerem Leiden unser lieber Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt

Franz Beiersdorf

im 58. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen

Frau Cecilie Beiersdorf geb. Semko.

Berlin, den 9. Februar 1933.

Litauer Straße 14.

Die Trauerfeier findet am Sonntag, dem 11. Februar, nachm. 6 Uhr, im Krematorium Bismarckweg, Kurfürstenstraße 221, statt.

Bekanntmachung.

Die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1931 verliehenen Pfländer sind versteigert worden. Heberwältigungen sind bis zum 9. November 1933 abzuhängen.

Staatsliche Leihamt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Achtung!

Verwaltungsmittler!

Freitag, den 10. Februar 1933, abends 7 Uhr, Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung.

Am 6. Februar entschlief nach kurzer schwerer Krankheit unser herzenguter innigstgeliebter Vater und Großvater

Emil Girbig

im 67. Lebensjahre. — In tiefer Trauer

Elisabeth Girbig
Otto Girbig u. Frau Margarete,
Oberschreibebau
Reinhold Heß u. Frau Charlotte
geb. Girbig und Enkelkinder

Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 17a.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 10. Februar, mittags 12 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz

Bekanntmachung.

Von dem vom Ausschuss beschlossenen 7. Budget für das Jahr 1933 sind die §§ 23 Abs. 1, 24 Abs. 1, 25 Abs. 1, 26 Abs. 1, 27 Abs. 1 und 28 Abs. 1 genehmigt worden. Die Änderung tritt mit dem 1. März 1933 in Kraft. Druckausgabe des Budgets stehen den Beteiligten im Rechenbüro zur Verfügung.

Berlin-Steglitz, den 7. Februar 1933.

Der Vorstand:

Siehr, Vorsitzender.
Borkhauer, Schriftführer.

Verkäufe

Loosien

Schlaf, Katzentische

Verkauf

Wohnung

Die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1931 verliehenen Pfländer sind versteigert worden. Heberwältigungen sind bis zum 9. November 1933 abzuhängen.

Zimmer

Möbliertes Zimmer

Musik-Instrumente

Piano

Kaufsuche

Wohnung

„Europa erwache!“

Genfer Debatte über den französischen Abrüstungsplan

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 8. Februar.

In der Generaldebatte über den französischen Abrüstungsplan verteidigte am Mittwoch Außenminister Paul Boncour die französische Sicherheitslehre starrer und unnachgiebiger als je.

Durch einen langen geschichtlichen Rückblick versuchte der Vertreter Frankreichs zu beweisen, daß die Praxis des Völkerbundes die Abrüstung untrennbar mit der Sicherheit verbunden habe. Seit Locarno sei nichts ähnliches mehr geschehen, um die ungenügende Sicherheit durch gegenseitige Abkommen zu garantieren. Die Voraussetzung hierzu sei die Abrüstung, die in Etappen erfolgen müsse. Der französische Plan ändere nicht nur die Grundbezeichnungen für den Armeeförpser, sondern er ändere auch Aufbau und Größe der Armee, um ihre Angriffskraft herabzusetzen. Wegen des Kriegsmaterials müsse man endlich die falsche Idee der Welt aufgeben, der Krieg könne humanisiert werden. Als Angriffswaffen müsse man diejenigen verbieten, die zur Brechung fester Verteidigungswerke geeignet seien. Für das Schlachtfeld könne man keine Unterscheidung finden zwischen Angriff- und Verteidigungswaffen. Daher schlage Frankreich vor, dieses Material zu internationalisieren.

„Europa erwache!“ rief Paul Boncour zum Schluß seiner großen Rede. Ein europäischer Kontinentalpakt innerhalb des Völkerbundes müsse geschaffen werden, wodurch die Achtung des Krieges unterstützt werde durch gegenseitige Verpflichtung zu militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen gegen den Angreifer, für dessen Bestimmung es keine Schwierigkeit gebe, wenn man den festen Willen habe, ihn zu finden.

Das Büro wird am Donnerstag beschließen, ob der französische Plan in Kommissionen weiterberaten oder zunächst der englische Arbeitsplan in Angriff genommen werden soll.

Das Meutererschiff

Kapitulation angeboten

Batavia, 8. Februar.

Bei den niederländischen Regierungsstellen ist ein neuer Funkspruch vom Panzerkreuzer „Die sieben Provinzen“ eingelaufen, in dem die Besatzung ihre Kapitulation unter den von ihr früher gestellten Bedingungen anbietet. Das Telegramm trägt die Unterschrift „Die europäische und indische Besatzung“.

Weiter werden die Empfänger des Funkspruchs gebeten, die übergeordneten Regierungsstellen davon zu unterrichten, daß der Meuterei keinerlei kommunistische Tendenzen zugrundeliegen, und daß die Besatzung keine Gewaltakte beabsichtige. Sie habe lediglich gegen die Soldführung und die Verhaftung ihrer Kameraden protestieren wollen. Nach den letzten offiziellen Meldungen läuft der Panzerkreuzer zur Zeit etwa sieben Knoten.

Ein Erfolg

Unter dem Vorwand der „Gutmachung eines Irrtums“ ist der Bohnabbau für die nichtfasernierten Kolonialsoldaten zurückgenommen worden.

Japan halt!

Vormarsch gehindert

Peking, 8. Februar.

Nach chinesischer Meldung ist der von den Japanern gegen Kailu eingeleitete Angriff mißlungen. Die japanischen Truppen seien zurückgeschlagen worden. Am 7. Februar sei es den Chinesen gelungen, den japanischen Vormarsch zum Stillstand zu bringen. Der Kampf in der Richtung Beipiao sei bis jetzt noch nicht beendet. Die Japaner sollen mehrere hundert Tote und Vermundete haben.

Minenboot beschossen

Tokio, 8. Februar.

Auf Funkspruch der japanischen Admiralität wurde am 6. Februar abends ein japanisches Minenboot bei Hanfau am Yangtse von chinesischen kommunistischen Truppen stark beschossen. Zwei japanische Matrosen wurden getötet. Das japanische Minenboot erwiderte das Feuer der Kommunisten.

Koalitierten-Genge

Saalschlacht in Danzig-Land

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Danzig, 8. Februar.

In Schönwarling bei Danzig hatten die Deutschnationalen eine öffentliche Versammlung einberufen, zu deren Schutz etwa 25 Mitglieder ihres Kampfrings aus Danzig beordert waren.

Die Nazis hatten ihre SA-Leute aus der weiteren Umgebung zusammengezogen. Vor Beginn der Versammlung fanden sich etwa 100 Nazis vor dem Lokal ein und forderten den Versammlungsleiter auf, die auf den Einladungen verzeichneten unfreundlichen Worte gegen die Nazis zurückzunehmen. Als dem nicht entsprochen wurde, gingen die etwa 100 Nazis mit Kuchletten, Schlagringen, Stöcken und Laten gegen die 25 Mann des Kampfrings vor und mißhandelten sie auf das Schwerste. Die Kampfring-Leute kückelten in den Garten, wurden aber von ihren Verfolgern eingeholt und erst recht — ausgenordet. Sieben Kampfring-Leute blieben besinnungslos liegen. Der Saal wurde völlig demoliert, Tische und Stühle zerbrochen. Sechs Nazis wurden verhaftet.

Weniger Nazistudenten

Niederlage bei Hochschulwahlen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Köln, 8. Februar.

Eine empfindliche Niederlage erlitten die Nationalsozialisten bei den Altschulwahlen an der Universität und der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn.

Die Wahlbeteiligung ging gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent auf 67 Proz. zurück. Die Stimmenzahl der Nationalsozialisten betrug 857 gegenüber 1157 bei der letzten Wahl. Sie erhielten statt 19 nur 14 Mandate. Auch der Ring katholischer Korporationen hat einen erheblichen Verlust zu verzeichnen. Die Stimmen gingen von 1059 auf 895, die Mandate von 18 auf 15 zurück. Der Verlust des Nationalen Hochschulbundes beträgt 55 Proz. Die Stimmenzahl sank von 380 auf 169, seine Mandate sanken von 9 auf 6. Der Wafferring erhielt 519 (vorige Wahl: 668) Stimmen und 9 (11) Mandate. Die katholischen freien Studenten brachten es auf 541 (623) Stimmen und 9 (10) Mandate, die katholischen Theologen 213 (263) Stimmen und 3 (4) Mandate, der Republikanische Block 206 (270) Stimmen und 3 (4) Mandate, die evangelische Studentenschaft 234 Stimmen und 4 Mandate, die konservative katholische Liste 105 Stimmen und 2 Mandate, Deutsche Beherntudenten 155 Stimmen und 2 Mandate. Statt bisher 72 wurden diesmal nur 64 Vertreter gewählt.

Reichsratsarbeit gestört

Auch keine Reichsratsausschüsse

Nachdem die für Donnerstag, den 9. Februar, in Aussicht genommene Vollziehung des Reichsrats abgefragt worden ist, sind auch die Einladungen für die geplanten Sitzungen der Reichsratsausschüsse am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche sowie am Dienstag und Mittwoch der nächsten Woche wieder rückgängig gemacht worden.

APD-Zeitung verboten. Das kommunistische Blatt „Der Kämpfer“ in Chemnitz sowie die im gleichen Verlag erscheinende Tageszeitung „Das Echo“ sind mit sofortiger Wirkung bis einschließlich Dienstag, 14. Februar, verboten worden. Das Verbot umfaßt auch sämtliche Ersatzblätter usw., die sich sachlich als die alte Zeitung darstellen oder als ihr Ersatz anzusehen sind.

Frau Gandhi verurteilt. Das Polizeigericht in Borsud verurteilte die Gattin Gandhis wegen Nichtbefolgung der Befehle und Nichtbezahlung der Steuern zu sechs Monaten Gefängnis und 500 Rupien Geldstrafe, im Nichtzahlungsfalle zu weiteren sechs Monaten Gefängnis.

Gefesselte Naziopposition!

Bewaffnete Bande in der Chausseestraße

Im Hause Chausseestraße 105, nur wenige Minuten von der großen Polizeiuferunterkunft entfernt, spielte sich gestern nachmittag ein Bandenleberfall ab.

Im vierten Stockwerk des Hauses befinden sich die Räume des Verlages „Der deutsche Weg“. Das ist das Organ der oppositionellen Nationalsozialisten. Als sich in den frühen Nachmittagsstunden 6 „Oppositionelle“, meist Angestellte des Verlages, an ihren Arbeitsplätzen befanden, klinkte es. Als die Tür zum Treppenturm geöffnet wurde, drangen sieben mit Pistolen bewaffnete Männer ein, die ihre Waffen sofort drohend auf die Anwesenden richteten. Um die „Oppositionellen“ unschädlich zu machen, ergriffen mehrere der Eindringlinge starke Hanfschnüre, die sie auf einem Tisch vorfanden und begannen, die „Opposition“ einen

nach dem andern an Händen und Füßen zu fesseln. Nachdem die Fesselungsprozedur gewissenhaft erledigt war, begannen die 7 Bewaffneten das ganze Büro zu durchstöbern. Offenbar hatten sie es auf bestimmte Akten abgesehen. Als ihnen dies zu lange dauerte, verstaubten sie Akten und Briefschaften wahllos in mitgebrachte Behälter, verschütteten alles in Seelenruhe und suchten dann das Weiße. Den Gefesselten gelang es erst nach einiger Zeit, sich zu befreien. Als das Leberfallkommando anrückte, war es bereits zu spät, denn die Täter hatten einen zu großen Vorsprung.

Wie die Leberfallenen auslagen, waren die Banditen sämtlich in Zivilkleidung und trugen keine Abzeichen. Wer ein Interesse daran hat, bei der nationalsozialistischen Opposition belastendes Schriftmaterial durch einen Bandenüberfall zu entwenden, dürfte unschwer zu erraten sein!

Die Maulwürfe

Die Hugenberg-Presse beschwert sich über die Maulwürfe, die die Harzburger Front unterwühlen



„Wir haben uns gefunden auf dem festen Boden unserer gemeinsamen vaterländischen Ueberzeugung. Aber was wühlt denn da?“

Nölting in Hilbersum

Was deutsche Funkhörer nicht hören sollen

Die Hugenberg-Presse hat ein Geschrei darüber erhoben, daß ein deutscher Sozialdemokrat, Professor Nölting-Frankfurt, über den holländischen Sender Hilbersum auch zu dem deutschen Hörer sprechen sollte. Man hat sogar diplomatische Kriegserklärung an Holland gefordert, damit es die Hitler-Regierung nicht im Funkmonopol fahre. Trotzdem konnte gestern Abend diese Ansprache Nöltings in Form eines Interviews gehalten werden. Nicht überall in Deutschland konnte sie verstanden werden. Wir geben hier einen Auszug aus der Ansprache:

Nölting wurde interviewt von dem Sekretär des holländischen Arbeiterradio-Bundes. Er begann mit einer kurzen Mitteilung über den Eindruck der Berichte über den Fackelzug am Tage von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler.

Nölting erwiderte, daß die von dem Ansager gezogene Parallele zum Tage des Kriegsbeginns oder zu 1918 völlig abwegig sei. Die freien Gewerkschaften stehen heute wie die gesamte organisierte Arbeiterschaft in ungebrochener Kraft da und die Arbeiterklasse verfüge über genügend Mittel auch für die Zukunft. Der neuen Regierung gebe Hitler vor allem seinen Namen. Er ist der Firmenträger, und seine Kompagnons sind Hugenberg und Papen, zwischen denen er stehe.

Auf die Frage, welche Aussichten auf die Verwirklichung des nationalsozialistischen Programms bestehen, antwortete Nölting, daß dieses Programm weder jetzt noch in absehbarer Zukunft Aussichten auf Erfüllung habe, ja, daß nicht einmal ein ernsthafter Wille zur Durchführung dahinterstehe. Die Regierung verfolge keine einheitlichen wirtschaftlichen Interessen, und das Programm sei unlogisch und widerspruchsvoll und könne schon deswegen nicht zur Durchführung kommen.

Auf die Frage, welche sozialistischen Forderungen in dem Programm der Nationalsozialisten enthalten seien, erklärte Nölting, jede Antwort darauf sei ein großer Vergangenheitsbericht.

Das Wort Sozialismus habe Hitler immer schwer über die Zunge bekommen.

Das Programm enthalte Forderungen auf Verstaatlichung der Trustbetriebe, der Banken und verlange sogar Enteignung von Grund und Boden. Es sei im ganzen heute nur als inhaltslose Deklamation anzusehen und werde auch innerhalb der Nationalsozialistischen Partei kaum noch für durchführbar gehalten. Auch das Wort Arbeiterpartei habe mit Nationalismus nichts mehr zu tun; denn statt Verbindung mit der Arbeiterklasse zu suchen habe sich Hitler mit Hugenberg, einem der schärfsten Reaktionen und Vertreter schwerindustrieller und großagrarischer Interessen zusammengetan.

Die Frage, ob etwa Hugenberg und Hitler die beiden eigenen Programme gleichzeitig verwirklichen könnten, verneinte Nölting. Sobald die Fackelzugstimmung vorbei sei, werden die alten Meinungsverschiedenheiten aufleben. Noch vor kurzem hätten sich beide Parteien und ihre Führer scharf angegriffen und in tollsten Schimpfworten herabzusetzen gesucht.

Hugenberg sei für Hitler ein nicht zu unterschätzender Gegner, abgesehen davon, daß er innerhalb der Regierung vier Ministerien verrete, stehe die Großmacht des Kapitalismus hinter ihm.

Den Bierjahresplan kenne niemand. Er sei wohl eine sagenhafte Erfindung. Denn wie könne man erwarten, daß das Volk vier Jahre hindurch geduldiig hoße. Vor der Auslandspreße habe Herr Hitler noch erklärt, die Arbeitslosigkeit bis zum 15. März beseitigen zu können. Damals sprach der Trommler, heute habe aber der Reichskanzler das Wort. Der Reichstag sei aufgelöst worden, weil er eine andere Musik hat als die Riesenfälle, in denen Hitler sonst zu sprechen pflege. Im Reichstag müsse man auch nicht nur reden, sondern arbeiten.

Schießerei in Wilmersdorf

Drei Personen schwer verletzt

Nach Schluß einer kommunistischen Kundgebung, die gestern abend in den Spichernsälen in der Spichernstraße stattfand, kam es gegen 23 Uhr auf dem Brabanter Platz zu einer schweren Schießerei, deren Ursachen noch nicht einwandfrei geklärt werden konnten.

Soweit sich bis Mitternacht feststellen ließ, sollen Nationalsozialisten auf Kommunisten, die nach der Versammlung ihren Wohnungen in Wilmersdorf zustrebten, mehrfach geschossen haben.

Verletzt wurden: die 25 Jahre alte Frau Alice Raskheid aus der Hundekohlenstraße 12 (Lungensteckschuß), der 25jährige Albert Vorberg aus der Hundekohlenstraße 11 (Armschuß) und der 23 Jahre alte Georg Zimmermann aus der Reinerstraße 24 (Armschuß).

Die Verletzten wurden ins Gertraudenkrankenhaus gebracht. Das Befinden der schwerverletzten Frau ist ernst. Wie es heißt, sollen die Verletzten sämtlich der kommunistischen Partei angehören.

